



Wortprotokoll

Der 49. Sitzung vom 31. Oktober 1979

Resoconto integrale

della seduta n. 49 del 31 ottobre 1979

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



SEDUTA **49.** SITZUNG

31. 10. 1979

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 23/79: "Istituzione dei distretti scolastici"

Landesgesetzentwurf Nr. 23/79: "Errichtung der Schulbezirke"

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. Erich ACHMÜLLER

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.10 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Ich ersuche um den Namensaufruf.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): *Namensaufruf - appello nominale*.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Benedikter, Stecher und Messner.

Verehrte Abgeordnete! Es muss leider festgestellt werden, dass erneut Sprengstoffanschläge erfolgt sind. Schwerwiegend kommt hinzu, dass erstmals eines davon auf ein bewohntes Gebäude verübt worden ist. Ich kann nur zum wiederholten Male die äusserste Besorgnis des Landtages zum Ausdruck bringen und die unsinnigen Anschläge nochmals entschieden verurteilen, weil sie die bestehenden Probleme nicht lösen, sondern deren Lösung nur erschweren.

Wir gehen weiter mit der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr. 23/79: **«Errichtung der Schulbezirke»**.

Continuiamo nella trattazione del disegno di legge provinciale n. 23/79: **«Istituzione dei distretti scolastici»**.

Wer meldet sich in der Generaldebatte zu Wort? Abgeordneter Kaserer, bitte.

KASERER (SVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in der ersten Gesetzgebungskommission sitzt, weiss, dass dieses Gesetz über die Errichtung der Schulbezirke ein heisses Eisen ist, und vor allem für die Linksparteien hier in diesem Hause ein willkommenes Anlass sein wird, um ihre Thesen, die sie bereits anlässlich von Beschlussanträgen, aber auch anderer Gesetze hier vertreten haben, wieder vorzubringen. Wir haben bereits in der vorhergehenden Generaldebatte die Erfahrung gemacht, dass es wiederum heiss hergehen wird.

Man wirft der Landesregierung einmal schon vor, dass sie dieses Gesetz mit einiger Verspätung vorgelegt hat. Ich glaube, wir alle sind für mehr Demokratie und für mehr Mitbestimmung, aber ich bin nicht der Meinung, dass die etwas verspätete Er-

richtung dieser Schulbezirke ein recht grosses Unglück ist. Eines ist sicher, man konnte in der Zwischenzeit mit den Mitbestimmungsgremien recht viele Erfahrungen sammeln. Vor allem glaube ich, dass etwas eingetreten ist: dass man die ganzen Sachen etwas nüchterner sieht als man es vielleicht zuerst, bei der Errichtung dieser Mitbestimmungsgremien in den Schulen, geglaubt hat. Auch muss man sagen, dass das Interesse seitens der Eltern, zumindest was die Wahlbeteiligung betrifft, wesentlich geringer geworden ist als am Anfang. Wenn wir nun mit etwas mehr Realismus und, eben, ange-reichert durch die Erfahrungen an die Errichtung und den Aufbau dieser Schulbezirke herangehen, dann bin ich überzeugt, dass das alles positive Auswirkungen haben wird. Denn wir wissen, einzelne Schulgremien, Mitbestimmungsgremien haben wirklich aktiv gearbeitet, während andere recht passiv waren.

Die Aufteilung der Schulbezirke, die zum grossen Teil homogen sind, gleich geblieben sind wie die Talgemeinschaften beziehungsweise Bezirksgemeinschaften, glaube ich, ist sehr richtig vorgenommen worden. Ein heisses Eisen ist natürlich, dass man diese Bezirksschulräte getrennt nach Sprachgruppen wiederum einführt. Das ist natürlich von seiten der Linken vor allem als Rassismus bezeichnet worden, als äusserst rassistisches System. Und dann das andere dazu, was die gemeinsamen Sitzungen betrifft. Ich kenne die Argumentation. Ja, und auch, was die Mitgliedschaft betrifft. Aber, man sollte hier endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass es in Südtirol drei Schulgattungen gibt, die wir nicht miteinander vermischen wollen. Ich glaube, das ist ein Grundsatz, an dem wir festhalten wollen; das ist ein Punkt, in dem wir trotz massiver Kritik seitens der Linkskräfte nicht nachgeben werden, denn sie reden nicht nur da, in diesem Falle, von Rassismus, sondern bei vielen anderen Gelegenheiten reden sie ja auch sehr viel von Demokratie, von Freiheit und dergleichen. Und ich glaube, man sollte auch einmal in Erinnerung rufen, dass dort, wo sie die Macht haben, von Freiheit, von Demokratie nicht viel die Rede ist. Und ich meine hier in erster Linie das, was in den osteuropäischen Staaten geschieht, wo eben die Kommunisten an der Macht sind: hinter dem eisernen Vorhang, wo man von Freiheit nicht viel spürt, und wo man sogar Mauern bauen musste, damit die Leute aus dem sogenannten Paradies nicht herauskommen.

Wir wenden uns gegen diese Vermischung der

Schulen, aber auch der Schulgremien. Dies, weil wir der Meinung sind, dass jede Volksgruppe eben die eigene Schule haben muss; und, dass die eine Volksgruppe sich nicht in die Angelegenheiten der anderen einmischen soll. Das heisst nicht, und das ist auch ganz klar vorgesehen, dass die beiden Schulbezirke, der deutsche und der italienische, sich nicht miteinander treffen können. Das ist im Gesetz ausdrücklich drinnen, es ist vorgeschrieben, dass sie sich jährlich einmal treffen. Und sie können sich auch öfters treffen. Aber wir wollen nicht, dass es ein Durcheinander gibt. Klare Grenzen sind immer besser als etwas Verschwommenes, so wie Sie es wahrscheinlich gerne hätten, Herr Abgeordneter Langer!

Die Zusammensetzung des Bezirksschulrates ist gegenüber dem staatlichen Gesetz meines Erachtens vernünftig geändert beziehungsweise vor allem reduziert. Denn, es hat keinen Sinn, auf Bezirksebene Monstergremien zu errichten, die dann oft doch zu nichts Gutem führen, denn wo zu viele Leute sind, wird es viel schwieriger, zu Beschlüssen zu kommen.

Ein Dorn im Auge ist den Linken auch, dass jede Schulgattung, sei es Grund-, Mittel- wie Oberschule, durch den jeweiligen Direktor vertreten ist. Das passt ihnen auch nicht. Ich persönlich bin der Meinung, dass der Direktor sicher jener ist, der einmal die berufliche Qualifikation als Lehrer hat, aber andererseits auch über die Gesetze und auch über die Verwaltung sehr gut Bescheid weiss. Deshalb finde ich es ganz richtig, wenn solche Leute im Gremium drinnen sind. Oder, man müsste die Gegenfrage stellen: ist Ihnen lieber, dass in den Bezirksschulräten Leute sitzen, die weniger Bescheid wissen? Vielleicht glauben Sie, dass man auf diese Weise leichter manipulieren kann.

Ein besonderer Umstand ist dann auch noch: die Elternvertreter. Es ist so, dass von jeder Schulgattung wiederum ein Elternvertreter drinnen ist, insgesamt also vier. Diesbezüglich haben wir in der Kommission einen Antrag gestellt, dass die ursprüngliche Version des Gesetzes beibehalten wird, nämlich die: dass die Wahl dieser Elternvertreter nicht in direkter Form geschieht, sondern in indirekter Form. Das heisst, dass eben nicht alle Eltern direkt diesen einen Vertreter wählen, sondern dass die Elternvertreter in den Klassenräten und im Schulrat diesen einen Vertreter dieser Schulgattung wählen. Ich glaube, es hat wirklich wenig Sinn — wenn ich überlege, im Pustertal haben wir beispielsweise ungefähr 6000 Volksschüler —, dass alle 6000 Eltern diesen einen Elternvertreter wählen sollten; oder, wenn ich einen kleineren Schulbezirk hernehme, Vinschgau, dort haben wir ungefähr 3000 deutsche Schüler, und diese 3000 Eltern müssten einen einzigen Vertreter wählen! Hier, glaube ich, ist es viel geschickter,

wenn wir eben zur indirekten Wahl übergehen; das heisst, dass die Elternvertreter im Klassenrat, ergänzt durch die Eltern im jeweiligen Direktionsschulrat, diesen Elternvertreter wählen. Dies auch aus der Überlegung heraus, dass wir hier eine Wahlprozedur aufziehen müssen, die einen ungeheuren Bürokratismus erfordert, was meines Erachtens schlecht wäre, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass sich nur relativ wenige Eltern daran beteiligen würden. Hingegen, wenn wir die indirekte Form wählen, dann wären es zum Beispiel im Vinschgau, allein in der Grundschule, mindestens 200 Lehrpersonen, die wählen, plus noch die Elternvertreter im Schulrat, so dass wir trotzdem auf eine ansehnliche Zahl kommen. Und ich glaube schon, dass das qualifizierte Vertreter sind, weil sie ja von den Eltern direkt gewählt werden und nicht von irgend jemandem ernannt werden, und diese dann auch sicher in der Lage sind, einen guten Elternvertreter in den Bezirksschulrat zu wählen. Man sollte die Demokratie nicht übertreiben und sie dadurch gleichzeitig zerstören. Denn, das scheint mir bei manchen Leuten der Fall zu sein, dass sie Demokratie predigen und sie gleichzeitig sozusagen vernichten wollen. Ich bin nämlich überzeugt, dass der Elternvertreter, der aus diesem Kreis herausgewählt wird, sich sicher auch aktiv am Geschehen in diesem Bezirksschulrat beteiligen wird und auf diese Weise positive Arbeit leistet.

Wir wissen, dass dieser Bezirksschulrat nicht nur aus Lehrern und Eltern zusammengesetzt ist, sondern dass auch noch die Talgemeinschaften ihre Vertreter entsenden, dass Wirtschaftsverbände einen Vertreter entsenden, und auch die Gewerkschaften und das nicht unterrichtende Personal usw. Somit können wir eigentlich sagen, dass dieser Bezirksschulrat gemischt zusammengesetzt ist, auch die kulturellen Vereinigungen sind darin vertreten, so dass also zu erwarten ist, dass in diesem Bezirksschulrat wirklich positiv gearbeitet wird.

Auch die Aufgaben dieses Bezirksschulrates sind recht allgemein gehalten, so dass der Bezirksschulrat die Möglichkeit hat, recht vieles zu tun. Wenn man denkt, Abwicklung von Nebenschulen, und ausserschulische und zwischenschulische Tätigkeiten — da steckt so viel drinnen; aber auch Schul- und Berufsberatung, Schul- und Erziehungsfürsorge, und auch Förderung und Aufbau der kulturellen und sportlichen Tätigkeiten, und auch die Erwachsenenbildung. Und vor allem scheint mir auch wichtig zu sein, dass das Schulamt zu verschiedenen Problemen eben Gutachten seitens dieses Bezirksschulrates einholen kann; beziehungsweise auch umgekehrt, dass der Bezirksschulrat an die Schulbehörde Anträge richtet, um sich auf diese Weise eben aktiv beteiligen zu können.

Und vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit ein Problem einflechten. Ich bin nämlich der Meinung, dass der Bezirksschulrat auch gefragt werden muss, was die Errichtung eventueller neuer Schulen betrifft. Und in diesem Zusammenhange möchte ich sagen, dass es für den Vinschgau sehr notwendig und wichtig wäre, dass wir neben den bisherigen Oberschulen endlich auch eine gewerbliche Ausbildungsmöglichkeit im Bezirke, in der Talgemeinschaft erhalten.

Die Kollegin Bertolini, der Kollege Buratti und ich haben zusammen einen Abänderungsantrag eingereicht, zum Artikel 11. Und in diesem Abänderungsantrag steht drinnen, dass wohl gemeinsame Sitzungen des deutschen und italienischen Bezirksschulrates stattfinden müssen, dass jedoch die Beschlüsse nicht gemeinsam gefasst werden, sondern dass jeder Bezirksschulrat seine Entscheidung getrennt trifft, und zwar an seinem Sitze. Hier wird uns wiederum Rassismus vorgeworfen. Aber, wir sind der Meinung, es ist besser, dass jeder Bezirksschulrat unbeeinflusst vom anderen seine Entscheidungen in aller Ruhe treffen kann. Und ich glaube, dass es richtig ist, weil das auch ein Schutz für die einzelnen Sprachgruppen beziehungsweise Vollksgruppen im Bezirke ist; auch wenn wir wissen, dass gerade diejenigen, die diese gemeinsamen Sitzungen vorantreiben, vor allem von der Linken kommen, und dass gerade sie es sind, die eigentlich für die Erhaltung der einzelnen Volksgruppen als solche am wenigsten übrighaben.

Was die Wahl betrifft, scheint es mir wichtig zu sein, dass diese Wahl eben, nicht nur, wie in der Vergangenheit, an Feiertagen, also an schulfreien Tagen erfolgen kann, sondern dass die Wahl auch an einem Schultag möglich ist, denn auf diese Weise haben sowohl Lehrer als auch Schüler die Möglichkeit, an dem Tag, an dem sie da sind, gleichzeitig auch die Wahl vorzunehmen. Und ich möchte noch einmal feststellen, dass wir praktisch überall die direkte Wahl vorgesehen haben, sei es bei den Direktoren, sei es bei den Lehrern, sei es bei den Schülern, die auch in diesem Bezirksschulrat vertreten sind. Und, dass wir nur — und deshalb scheint mir das ganze Geschrei nicht berechtigt zu sein — nur bei den Eltern, die ja nicht immer am Schulsitz sind, die indirekte Wahl vorgesehen haben. Vielen Eltern wäre es vielleicht sogar sehr recht, dass man, wenn man schon die Wahlkommission errichtet, auch ihnen die Wahl an einem Werktag, also an diesem Schultag ermöglicht, weil viele Eltern am Sonntag oft auch anderswohin wollen.

Im grossen und ganzen, glaube ich, können wir erwarten, dass dieser Bezirksschulrat errichtet wird; und wenn er errichtet wird, dass er auch produktiv arbeitet; dass er wirklich versucht, das Schulwesen

in unserem Lande gemeinsam mit Hilfe der Eltern und aller jener, die in diesen Bezirksschulräten drinnen sind, zu verbessern.

PETERLINI (Sekretär - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal einen grundsätzlichen Gedanken unterstreichen. Ich glaube, dass der Südtiroler Landtag und die Südtiroler Landesregierung mit ihren Gesetzen, die bisher zur Schulverwaltung und zur Mitbestimmung von Eltern und Schülern in der Schule und zur Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Schulpartnern, Lehrer, Schüler und Eltern, einen Schritt nach dem anderen konkret in Angriff genommen hat und auch jedesmal ein kleines Stückchen weitergekommen ist. Man muss nämlich auch eines unterstreichen: dass unsere Kompetenz, die Landeskompetenz auf dem Bereiche der Schule, sekundäre Gesetzgebungsgewalt hat, und somit der Rahmen, der von den Staatsgesetzen gegeben ist, auf jeden Fall eingehalten werden muss. Trotzdem glaube ich, ist und wird mit diesem neuen Gesetzentwurf über die Errichtung der Schulbezirke ein weiterer Schritt zur echten Beteiligung von Schülern und Eltern und Lehrern am Schulwesen getan, wenn auch innerhalb der gegebenen Grenzen der Regelungen des Staatsgesetzes.

Ich möchte des weiteren unterstreichen, und das liegt mir als Jugendvertreter besonders am Herzen: was die Wünsche der Schüler betrifft, sind verschiedene Kontakte von Schülervertretern und Schülerorganisationen mit dem Landesrat für Schule und Kultur gewesen, und mit dem Schulamt selbst, und man hat im grossen und ganzen den Wünschen und Forderungen der Schüler eigentlich Rechnung getragen, so dass wir sagen können: vielleicht gelingt es mit diesem Gesetz auch, das ganze Schulleben und vor allem diese Mitbeteiligung ein bisschen mehr zu beleben. Wir wissen alle, wie der Kollege Kaserer eben unterstrichen hat, dass das Ganze mit sehr viel Hoffnungen in die Welt gesetzt worden ist, und dass es dann doch irgendwie gehinkt hat an der Wahlbeteiligung, die das erste Mal höher war und das zweite Mal dann bereits zurückgegangen ist; an den Schwierigkeiten auch prozedureller Natur. So, dass man sich gesagt hat, versuchen wir, das ganze Wahlsystem flexibler als bisher zu halten.

In diesem Sinne, und dies möchte ich besonders unterstreichen, ist ja auch ein Dekret des Landesausschusses zu werten, vom 27. September 1979, in dem bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine wesentlich flexiblere Art festgelegt ist, um die Mitbestimmungsgremien zu wählen, selbstverständlich noch aufbauend auf die beiden Gesetze von 1973 und von 1975. Eine flexiblere Art, die den Wahltermin nicht nur an einem einzigen Tag vor-

schreibt, sondern die Zeitspanne vom 18. November bis zum 9. Dezember einräumt, so dass den verschiedenen Bezirken und auch den verschiedenen Schulen individuell Rechnung getragen werden kann. Aber, zu recht ist unterstrichen worden, vom Kollegen Kaserer, dass der Wahltag als Sonntag eigentlich schlechte Erfahrungen gebracht hat. Und nicht zuletzt deshalb hat dieses neue Gesetz vorgesehen, dass nicht nur der Wahltermin, also die Wahlspanne selbst vom Landesausschuss jedesmal festgelegt werden kann, sondern auch der Wahltermin als solcher offenbleibt.

Allerdings muss ich jetzt dazu eine kritische Bemerkung anhängen. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird es somit möglich sein, individuell nach Bedürfnissen, nach bester Einschätzung in den einzelnen Bezirken den Wahltag für die Schulen auszuwählen. Aber, für das heurige Jahr wird kaum damit zu rechnen sein, dass dieser sehr umfangreiche Gesetzentwurf den Iter, der vorgeschrieben ist, rechtzeitig abschliesst, so dass er innerhalb der Zeitspanne bis zum 9. Dezember zurückkommt. Diese Überlegungen sind auch in Schülerkreisen vertreten worden und auch in den Kreisen der Schuldirektion selbst, ausgehend von der Besorgnis, dass trotz des DPL vom 27.9.1979, trotz der Bemühungen der Landesregierung, jetzt im neuen Gesetzentwurf diese Pflicht vom Sonntag auszuschalten, heuer wahrscheinlich doch damit zu rechnen ist, dass an einem Sonntag gewählt werden muss, weil bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes eben das alte noch gilt. Um diesen Schwierigkeiten auszuweichen, könnte man den Versuch machen — und ich werde mir erlauben, mich diesbezüglich mit Landesrat Zelger in Verbindung zu setzen —, ein eigenes kleines Dringlichkeitsgesetz einzubringen, das nur Bezug nimmt auf das Landesgesetz Nr. 49 vom 5. September 1975, und zwar auf den letzten Satz des Artikels 14, in dem es heisst «die Wahlen werden an einem einzigen Tag, der nicht Arbeitstag ist, durchgeführt», um diesen letzten Satz des Artikels 14 zu streichen. Und ich hoffe — und diese Bitte sei an den Präsidenten der ersten Kommission gerichtet —, dass dieses Dringlichkeitsgesetzchen auf dem schnellsten Wege in der Kommission behandelt wird; und dass es auch rechtzeitig in den Landtag kommt — diese Bitte geht jetzt an den Präsidenten des Südtiroler Landtages —, um zumindest den glaubwürdigen Versuch zu unternehmen, diesen Iter schneller als das vorliegende Gesetz über die Schulbezirke abzuschliessen.

LANGER (NL-NS): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte deswegen zum zweiten Mal das Wort ergreifen, weil sich erstens inzwischen neue Tatsachen ergeben haben; und zweitens, weil ich noch auf einige Punkte besonders hinweisen

möchte, in der Hoffnung, dass die Landesräte dann antworten. Die zwei nicht nebensächlichen neuen Tatsachen, die seit der Diskussion in der letzten Woche passiert sind, sind meines Erachtens folgende. Erstens, dass am letzten Freitag in ganz Italien ein Schülerstreik stattgefunden hat mit nicht übermässig grosser Beteiligung, aber mit Beteiligung vor allem der politisierten Schüler, die gegen die derzeitige Handhabung der Mitbestimmungsgremien demonstriert haben. Es waren vor allem jene Schüler mitbeteiligt, die zu den Jugendorganisationen der Parteien — ich meine dabei jene Parteien, die von der KP bis zu den Liberalen gehen und die sich selber gerne als die «verfassungstragenden Parteien» bezeichnen — gehören, die selber diese Mitbestimmungsorgane in dieser Art seinerzeit erfunden und verabschiedet haben, und die jetzt merken, dass an zu wenig Mitbestimmung, Herr Kollege Kaserer, an zu wenig Demokratie (und nicht an zu viel!) diese Organe langsam, aber sicher eingehen. Das heisst, wenn diese Organe eine nicht wirkliche Mitsprachebefugnis haben, sondern nur dekorativ verstanden sind, dann könnte es sein, dass unter Umständen die Beteiligten überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen, weil sowieso nichts dabei herauskommt. Dieser Streik, an dem, wie gesagt, auch die Jugendorganisationen der Kommunistischen Partei, der Liberalen, der Christdemokraten, der Sozialisten, PDUP, MLS und ich weiss nicht, was noch alles für Parteien, teilgenommen haben, hat also deutlich gezeigt, dass wenn es heute eine Krise der Mitbestimmungsorgane gibt, sie nicht dadurch gelöst werden kann, dass man gegenüber der derzeitigen staatlichen Gesetzgebung noch weiter zurücksteckt und noch weniger Befugnisse, noch weniger Demokratie, noch weniger Mitbeteiligung der Basis vorsieht; sondern umgekehrt, dass eine produktive Zukunft der Mitbestimmungsgremien nur möglich ist, wenn man sie tatsächlich auch durch Gesetz ernstnimmt, und wenn man ihnen auch durch Gesetz und entsprechende Dekrete tatsächliche Befugnisse zuschreibt. Ich glaube, dass dieses Signal, das zwar in Südtirol direkt kaum zu verspüren war, nicht unterschätzt werden sollte, weil es zeigt, dass die Nachfrage nach Mitbestimmung heute in der Art, wie sie bisher eingeführt wurde, nahezu totgelaufen ist und sich die unmittelbar Beteiligten — in diesem Fall waren es die Schüler, bei anderen Gelegenheiten auch die Lehrer und da und dort auch Eltern — eben kritisch zu bisheriger Erfahrung geäussert haben; und zwar nicht so sehr, wie Sie glauben, Herr Kollege Kaserer, dadurch, dass die Eltern oder die Schüler oder die Lehrer durch die zu vielen Wahlen an sich überbeansprucht worden seien; es sind nicht die Wahlen an sich, die müde

machen; sondern dass man Organe wählt, die in Wirklichkeit nur Sandkastenspiele betreiben dürfen. Das macht müde. Denn wenn man wirklich etwas zu entscheiden hat, was dann auch geschieht, dann wird man davon ja nicht müde und entfremdet; sondern, man wird müde, wenn man merkt, dass das Ganze eine reine Augenauswischerei ist und sowieso nichts bringt. Also das ist das eine neue Signal, das wir in unserer Diskussion meiner Überzeugung nach bedenken sollten; und das vielleicht so manchen Enthusiasmus für das Staatsgesetz ein bisschen abkühlen müsste. Das Staatsgesetz ist nicht das non-plus-ultra. Das Staatsgesetz ist nicht an sich der Maßstab, an dem wir alles messen sollen oder müssen.

Zweitens. Heute ist uns eine zweite, neue Tatsache ins Haus geschneit, und zwar eine Stellungnahme — die vorhin verteilt wurde — der Südtiroler Schulgewerkschaft im ASGB/SSG, die Sie sicher alle zur Kenntnis genommen haben. In dieser Stellungnahme heisst es:

«Wir haben in Erfahrung gebracht, dass am Mittwoch, 31. Oktober, der Gesetzentwurf Nr. 23, betreffend die Errichtung der Schulbezirke, auf der Tagesordnung steht. Diesbezüglich möchten wir Ihnen, bevor Sie diesem Gesetze zustimmen, folgenden zu bedenken geben».

«Erstens, Wir stellen fest, dass der Entwurf im Vergleich zum Artikel 9 und folgende des Dekretes vom 31. Mai 1974, betreffend die Schulbezirke auf staatlicher Ebene, von der Möglichkeit einer demokratische Erweiterung nicht Gebrauch macht, sondern im Gegenteil eine Einengung bedeutet». Dies wurde das letzte Mal von links her festgestellt, jetzt kommt dieselbe Feststellung wohl von einer in Ihren Augen unverdächtigen Seite.

«Zweitens. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Trennung der Schulbezirke nach Volksgruppenzugehörigkeit wirkt nach unserer Auffassung der Befriedung des Landes entgegen». Ich hoffe, dass auch der Kollege Zelger diesen Brief liest und zur Kenntnis nimmt; und natürlich auch der Kollege Kaserer.

«Drittens. Unsere Vorstellungen darüber, und die Vorstellung der Betroffenen, konnten wir bei Zustandekommen der Gesetzesvorlage nicht entsprechend zum Ausdruck bringen».

Eine Schulgewerkschaft, und dasselbe könnten andere auch tun und haben es in Stellungnahmen getan, beschwert sich hier sehr ausdrücklich, nicht zu Worte gekommen zu sein und mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Die Schulgewerkschaft SSG sagt dazu:

«Wir ersuchen Sie deshalb, nach Möglichkeit die Verabschiedung des Gesetzes zu vertagen und fol-

gende Gesichtspunkte noch einmal zu überprüfen: ähnlich wie im Landesschulrat sollte keine Trennung nach Sprachgruppen erfolgen». Ich finde diese Äusserung äusserst beachtenswert. *«Wir stellen uns vor, dass ein Schulbezirk der ladinischen Ortschaften errichtet wird».* — das ist bereits vorgesehen. *«Alle übrigen Schulbezirke sollten einen Bezirksschulrat erhalten, der sich aus Vertretern der deutschen und italienischen Volksgruppe zusammensetzt. Dabei sollte eine Minderheitenklausel auf jeden Fall eingebaut werden. Das Gesetz sollte auch für bestimmte, noch zu klärende Problemkreise Sektionen nach Volksgruppen vorsehen. Was die Zusammensetzung betrifft, schlagen wir eine Erhöhung auf dreissig Mitglieder vor, wobei sich die Aufteilung der verschiedenen Kategorien an den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 416 orientieren sollte (das ist das Staatsgesetz). Im jetzigen Entwurf werden nämlich bestimmte Kategorien aufgewertet, zum Beispiel die Direktoren, und andere in eklatanter Weise abgewertet, Gewerkschaften und Schüler, zum Beispiel. Auch die direkte Wahl der Vertreter muss gewährleistet werden».*

In naiver Hoffnung unterzeichnet der Vorstand der SSG folgendermassen, er sagt: *«Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und ersuchen Sie, dieses Dokument auf der Sitzung am Mittwoch, den 31. Oktober, zu verlesen».*

Ich habe mir erlaubt, dieser Bitte nachzukommen, und zwar einfach deswegen, ich glaube, dass es immerhin...

ABGEORDNETER: (Zwischenruf).

LANGER (NL-NS): Da der Präsident dieser Bitte nicht nachgekommen ist, habe ich mir eben erlaubt, insofern stellvertretend einzugreifen, nach dem Subsidiaritätsprinzip, und Ihnen diese Stellungnahme zur Kenntnis zu bringen, damit sie auch der Presse und dem Publikum bekannt wird.

Nun, ich möchte zu drei Problemkreisen noch kurz Stellung nehmen: erstens, zum Problem Vermischung der Schule und allem, was damit zusammenhängt, auch um diesbezüglich wohl absichtlich entstandene Missverständnisse zu klären; zweitens, zum Problem der Aufgaben des Bezirksschulrates und vor allem der Schulplanung, die dort betrieben werden kann; und drittens, kurz etwas über das Verhältnis zum staatlichen Gesetz.

Zum ersten Punkt. Ich möchte nochmals klarstellen, obwohl ich weiss, dass diesbezüglich absichtlich verwischt wird, dass hier in diesem Gesetz zwei verschiedene Aspekte enthalten sind, die unserer Meinung nach nicht akzeptiert werden können, die aber sehr scharf auseinanderzuhalten sind. *«Rassistisch»*,

Herr Kollege Kaserer, habe ich jene Klausel genannt, die es heute nach dem vorliegenden Gesetzentwurf den Angehörigen einer anderen Sprachgruppe unmöglich macht, in den deutschen beziehungsweise in den italienischen Bezirksschulrat gewählt zu werden. Das heisst, rassistisch finde ich es, dass zum Beispiel ein italienischsprachiger Vater eines Kindes, das an einer deutschen Schule eingeschrieben ist, nicht in den Bezirksschulrat gewählt werden kann, auch wenn er das Vertrauen der übrigen Eltern geniesst, die ihn ja wählen müssen; beziehungsweise dass, nach dem bisherigen Text, obwohl in der Zwischenzeit die Volkspartei sich zu einer Änderung bereitgefunden hat, zum Beispiel Ladinern, die an Oberschulen deutscher oder italienischer Unterrichtssprache studieren, nicht gewählt werden könnten. Oder, dass ein deutschsprachiger Schüler an einer italienischsprachigen Schule, auch wenn er das Vertrauen seiner Mitschüler geniesst, nicht gewählt werden könnte. Das ist der Aspekt, den ich ausdrücklich als rassistisch bezeichne. Ich glaube nämlich, dass, trotz Ihrer Interpretation zum Artikel 19 des Autonomiestatuts, und im besonderen zum ersten und dritten Absatz des Artikels 19, in unserem Lande weiterhin grundsätzlich Einschreibungsfreiheit besteht. Und die Durchführungsbestimmungen von 1973, der famose Artikel 8, den wir alle kennen, bestimmt ausdrücklich, dass die Unterrichtssprache in den Schulen unberührt bleibt von der Tatsache der Einschreibungsfreiheit. Das heisst also zu gut Deutsch: wenn Kinder, wenn auch eines Tages sogar theoretisch eine Mehrheit, von Anderssprachigen oder von zweisprachigen Kindern etwa in der deutschen Schule, oder umgekehrt in der italienischen Schule, sein sollte, die Unterrichtssprache trotzdem respektive deutsch oder italienisch bleibt; dass in diesem Sinne also die Schulen nicht unterwandert werden können; dass die Schulsprache nicht ausgehöhlt und umgekehrt werden kann. Zu dieser Garantie, also zur Garantie, dass die Schulsprache nicht unterwandert werden kann, stehen wir positiv. Aber, daraus ist auch implizit und «a contrario» die Einschreibungsfreiheit abzulesen. Es ist ganz eindeutig, dass die derzeitige Regelung ausdrücklich die Einschreibungsfreiheit vorsieht. Denn sonst wäre es ja vollkommen unnützlich, im Statut, im dritten Absatz des Artikel 19, vorzusehen, dass gegen eine eventuelle Verweigerung der Einschreibung auch Einspruchsmöglichkeit besteht. Im Gegenteil glaube ich, dass, je mehr eine rigide Haltung sowohl zur Frage der zweiten Sprache — siehe Kindergarten Diskussion — als auch zur Einschreibungsfrage angenommen wird; je mehr man zum Beispiel die Einschreibung etwa von der Sprachgruppenzugehörigkeit abhängig machen möchte, desto mehr wird die Tendenz gefördert werden, sich zur falschen

Sprachgruppe zu bekennen; desto mehr wird in diesem Sinne der Opportunismus, wie Sie es nennen, gefördert werden. Denn auf diese Weise werden eine ganze Reihe von Eltern glauben, dass sie im Interesse der Zukunft ihrer Kinder handeln, wenn sie sie lieber als deutschsprachig erkläre, auch wo das nicht zutrifft, um sie damit in den Genuss der deutschen Schule und in den Genuss des damit zusammenhängenden Sozialprestiges zu bringen; und werden auf diese Weise geradezu getrieben, Falscherklärungen zu machen. Mehr noch. Wenn es, wie ich befürchte, zu einer repressiven Einschreibungsregelung kommen sollte, wonach in Zukunft der Wechsel zwischen verschiedensprachigen Schulen nicht mehr möglich sein sollte, also jemand praktisch von Kind auf in die eine oder andere Richtung eingepolt wird, desto mehr wird die «Einschleichung» gefördert werden, wie Sie sie nennen. Denn, wenn jemand unter Umständen schon im Kindergarten die Weichen für die spätere Schulentwicklung des Kindes stellt, und nicht die Möglichkeit hat, zum Beispiel den Kindergarten in der einen Sprache zu besuchen, die Volksschule etwa in der anderen, die Mittelschule wieder in der anderen, und die Oberschule etwa wieder in der ersten Sprache — ich sage das als Beispiel, weil das heute von verschiedenen Familien praktiziert wird —, also, je mehr diese Möglichkeit des Wechsels eingeschränkt werden wird und gesetzlich unmöglich gemacht wird, desto mehr wird faktisch ein Druck sagen wir «zur Einschleichung», zur Falscherklärung bestehen und sich vermehren. Bereits heute ist es bekannt, dass in den allermeisten deutschsprachigen Kindergärten des Landes anderssprachige Kinder oder auch nur «gemischt-sprachig-verdächtige» Kinder, die nicht deutsch genug sind abgewiesen werden — und das wird in Selbstherrlichkeit von irgendwelchen Kindergartenleitern oder — leiterinnen entschieden.

ZELGER (Assessor für Schule und Kultur - SVP):
In den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

LANGER (NL - NS): Auf lokaler Ebene, Herr Assessor Zelger, findet die Anwendung dann oft sehr verschieden statt. Es gibt da zum Beispiel Leute, die den Familien dringend nahelegen, doch darauf zu verzichten, an einem bestimmten Kindergarten um Einschreibung anzusuchen, und dann eventuell den Leuten sogar weiterhelfen, statt dessen an einem minderbewerteten Kindergarten doch noch Aufnahme zu finden, wenn sie nur keinen grundsätzlichen Fall daraus machen. Ich kann dazu Beispiele erwähnen. Oder, zum Beispiel, umgekehrt: dass in italienischsprachigen Kindergärten heute — ich beziehe mich auf die Beispiele Brixen, Bruneck, Algund und

viele andere, die man nennen könnte — deutschsprachige Kinder derzeit angenommen werden, auf Wunsch der Eltern, natürlich, im vollen Gebrauch des Elternrechtes, aber umgekehrt das verhindert wird. Nun glaube ich, dass, je mehr eben eine Einschreibungsregelung im, und ich muss in diesem Falle eben sagen, rassistischen Sinne unternommen wird. . .

ABGEORDNETER: (*Zwischenruf*).

LANGER (NL - NS): Ich kenne sie nicht, ich möchte eine Vermutung in den Raum stellen. Ich kenne sie nicht, weil Sie sie bis jetzt nicht bekanntgegeben haben. Ich fordere Sie hiermit öffentlich auf, Ihre Pläne offenzulegen. Denn so wichtige Sache, die die Zukunft unserer Gesellschaft betreffen, dürfen nicht nur innerhalb des Landesausschusses besprochen werden, sondern müssen offengelegt werden. Ich sage Ihnen mehr noch, Herr Assessor Zelger: Ich vermute, und vielleicht ist es meine Böswilligkeit, ich vermute, dass Sie an zwei Möglichkeiten denken, und ich möchte sie hier beide erwähnen, Möglichkeit a) dass Sie sagen: regeln wir die Einschreibung nach Volksgruppenbekenntnis bei der Volkszählung. Das würde bedeuten, dass, wenn es Ihnen gelingen sollte, eine Möglichkeit auszudrücken, dass bei der Volkszählung auch die Kinder in eine Volksgruppe eingeschrieben werden müssten, Sie sich dann nach dieser Einschreibung richten, und dass dann die Zugehörigkeitsklärung, die die Eltern namens der Kinder für die Volkszählung abgeben, auch für den Schulbesuch gilt. Andernfalls frage ich mich, wie der Artikel in diesem Schulbezirksgesetz angewendet werden soll, wo die Zugehörigkeit zur Sprachgruppe erforderlich wird. Wie wollen Sie das feststellen, Herr Assessor Zelger? Wie wollen Sie den Artikel 2 des Gesetzes, das Sie hier vorschlagen, zur Anwendung bringen? Wohl wahrscheinlich, indem Sie die Bescheinigung bei der Gemeinde anfordern. Und wie wollen Sie ihn denn für die Minderjährigen für die Schüler zur Anwendung bringen? Genügt eine einfache Erklärung oder braucht es den amtlichen Akt der Gemeinde, um die Zugehörigkeit zu bescheinigen? Das wäre also eine Möglichkeit, die in diesem Gesetz ja implizit schon enthalten ist.

Die andere Möglichkeit b), die ich böswillig vermute, Herr Assessor Zelger, und ich würde mich sehr freuen, wenn ich dabei irregehe, ist diese: dass Sie sich unter Umständen nach der Muttersprache richten. Das heisst, dass Sie sich am Buchstaben des Gesetzes festklammern, wo von Muttersprache mehrfach die Rede ist; und dass Sie dann sagen: verteilen wir die Kinder unter die Volksgruppen, nach der Muttersprache. Diese Regelung hätte von Ihrem Standpunkt her zwei Vorteile; einmal, dass der

Ausdruck Muttersprache tatsächlich im Statut vorkommt, zweitens, dass damit rein bevölkerungspolitisch natürlich ein grösserer Teil von Kindern, aufgrund der gegenwärtigen Sachlage, zur deutschen Sprachgruppe geschlagen würde, weil rein statistisch heute die Fälle von gemischtsprachigen Paaren, in denen die Mutter deutschsprachig ist und der Vater italienischsprachig, in der Mehrzahl sind. Ich würde mich freuen, Herr Assessor Zelger, wenn Sie diese beiden Vermutungen dementieren könnten. Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Pläne offenlegten. Aber ich möchte bei diesem Schulgesetz, bei diesem Gesetz über die Schulbezirke, das solche Tendenzen bereits antizipiert, das solche Tendenzen bereits da und dort zum Gesetz werden lässt, rechtzeitig darauf hinweisen, und in diesem Fall auch, erlauben Sie mir, das zu tun, an Ihr Gewissen als christliche Politiker appellieren. Ja, Herr Zelger, ich erlaube mir auch das: an Ihr Gewissen als christliche Politiker zu appellieren.

ZELGER (SVP): (*Zwischenruf*).

LANGER (NL - NS): Ja, ja, ich möchte das nicht in Abrede stellen. Ich würde mir nie erlauben, darüber ein Urteil abzugeben, so wie ich es Ihnen nicht erlauben würde, über das Gewissen anderer ein Urteil abzugeben. Aber, ich appelliere, gerade weil Sie sich bis auf weiteres als Christ bezeichnen, auch an Ihr christliches Gewissen, das doch in der Landesregierung sehr auffällig vertreten ist, nicht nur in Ihrer Person, und nicht nur in der Person des Assessors Ferretti: sich zu überlegen, ob eine solche Regelung, die vorläufig die Wählbarkeit in die Bezirksschulräte, später auch die Einschreibung an Schulen von völkischer Zugehörigkeit abhängig macht christlich vertretbar erscheint. Es ist dann schwierig, zu fordern, wie es die katholische Jugend fordert: dass wir zuerst Menschen sein sollen bevor wir Deutsche, Italiener oder Ladinler sind; wenn man ständig durch Gesetze gezwungen wird, zuerst Deutsche, Italiener oder Ladinler zu sein bevor man Mensch ist. Deswegen appelliere ich in diesem Sinn an Ihr christliches Gewissen. Im Laufe der Spezialdebatte werde ich Ihnen zu dieser Thematik eine Kostprobe vorlegen.

Das, also, Herr Kollege Kaserer, bezeichne ich als rassistischen Paragraphen. Und das bezieht sich spezifisch auf das Erfordernis der Sprachgruppenzugehörigkeit in Artikel 2 und ich glaube, in noch einem Artikel des Gesetzes. Und, wie gesagt, wir sehen darin eine Tendenz der jetzt anrollenden Schulgesetzgebung der Südtiroler Volkspartei.

Zweitens. Der andere Aspekt, der davon sehr wohl zu unterscheiden ist, betrifft die Trennung der Schulbezirke nach Sprachgruppen. Ich habe bereits das letzte Mal gesagt, dass dieser Aspekt nicht ohne

weiteres, also klipp und klar in der einen oder anderen Richtung entschieden werden kann. Ich glaube aber, dass man sich dazu bereits heute äussern kann, und unsererseits haben wir unsere Entscheidung getroffen. Wir glauben, und es freut uns, diesbezüglich auch die Stellungnahme der Südtiroler Schulgewerkschaft eben heute kennengelernt zu haben, wir glauben, dass Schulverwaltungsorgane, ja mehr noch, Schulmitverwaltungsorgane, wie die Schulbezirksräte, ohne weiteres in unserem Lande gemeinsam eingerichtet werden könnten, nach einem territorialen Prinzip und nicht nach einem Sprachgruppenprinzip. Diesbezüglich habe ich nicht, Herr Kollege Kaserer, von Rassismus gesprochen — und ich richte das auch an die Presse, ein Teil der Presse hat das das letzte Mal, zufällig oder absichtlich, über einen Leisten geschustert —, ich spreche diesbezüglich, Herr Kollege Kaserer von einer Massnahme — Trennung der Schulbezirksräte, —, die darauf hinausläuft, die Trennung und die Spaltung und damit unausweichlich die Gegeneinanderstellung der Volksgruppen in unserem Lande zu fördern. Während im Fall des Einschreibungsparagraphen, und während im Fall des Zugehörigkeitsparagraphen ich von der Verfassungswidrigkeit dieser Norm überzeugt bin, aber darüber werden wir in der Spezialdebatte noch reden, handelt es sich bei der Frage der Trennung oder der gemeinsamen Schulbezirke nicht um Verfassungswidrigkeit oder Verfassungskonformität, sondern um politische Opportunität, um eine politische Entscheidung. Nach unserem Dafürhalten ist die richtige politische Entscheidung die: die Schulbezirke zusammenzulegen, wie der Landesschulrat bereits ist; und ist es eine falsche politische Entscheidung, die in die falsche Richtung weist, die Schulbezirke nach Sprachgruppen zu trennen. Diesbezüglich werfe ich Ihnen weder Verfassungswidrigkeit noch im strikten Sinne Rassismus vor. Ich sage nur: Sie setzen damit ein weiteres Zeichen in eine Richtung, die dann wohl unausweichlich zu einem Klima führt, in dem eben auch Attentate vorkommen. Wir haben heute vom Landtagspräsidenten gehört, dass das Attentat in Bruneck, wo zum ersten Mal ein bewohntes Gebäude zum Ziel eines Anschlages gemacht worden ist, bedauert worden ist. Auch wir bedauern diesen Anschlag, wie alle früheren. Aber, mit dem Bedauern, mit den Krokodilstränen ist nichts getan, wenn man nicht eine Politik betreibt, die alle diese Attentate irgendwo an der Wurzel unglaublich macht. Heute, leider, wird eine Politik betrieben, die diesen Attentaten Wind in die Segel gibt. Und, ich wage es zu behaupten, dass der Sprachzugehörigkeitsparagraph in diesem Gesetz auch ein «Attentat» darstellt: nicht geringfügiger, nicht kleiner als die Attentate von Gargazon, von Bruneck, von Meran usw. Und ich glaube,

dass die Trennung der Schulbezirke zwar nicht ein «Attentat» darstellt, die Trennung nach Sprachgruppen aber immerhin mit dazu beiträgt, ein Klima zu fördern, in dem Attentate möglich werden, in dem der ständige gegenseitige Volkstumskampf möglich wird.

Die Forderung nach gemeinsamen Schulbezirksräten, also nach sprachlich nicht getrennten Schulbezirksräten, mit der Möglichkeit, auch die gesonderten Belange gesondert behandeln zu können — aber, dass Letzteres die Ausnahme wird und nicht die Regel —, also, diese Möglichkeit hat Ihrerseits noch nichts zu tun mit der Forderung nach der Einführung einer auch zweisprachigen Schule. Trotzdem erwähne ich sie, weil sie gerne in einen Topf geworfen wird. Ich möchte ausdrücklich feststellen — Kollege Zelger sagt manchmal, ich würde diesbezüglich die Katze aus dem Sack lassen; ich lasse sie gern heraus, zum Unterschied von seinen Katzen, die im Sack bleiben: Wir fordern die Möglichkeit, dass es in Südtirol auch, versuchsweise, zweisprachige Schulen für Menschen gibt, die das wünschen. Ich betone: auch. Und wir glauben, ohne dass ich jetzt, weil das nicht zum Thema gehört, darauf näher eingehen könnte, wir glauben, dass das durch das Statut nicht ausdrücklich verunmöglicht ist; dass man darüber also diskutieren kann, auch mit dem gegenwärtigen Artikel 19. Denn die Garantie des muttersprachlichen Unterrichts in deutscher beziehungsweise italienischer Sprache würde dadurch genommen. Und, wie gesagt, es würde sich bei der versuchsweisen Einführung von auch zweisprachigen Schulen absolut nur um freiwillige Möglichkeiten handeln. Es mag sein, dass in Zukunft solche Möglichkeiten privat errichtet werden müssten. Und ich würde mir wünschen, dass diesbezüglich etwa die Kirche als derzeit einzige Trägerin privater Schulbetriebe die Möglichkeit dazu ins Auge fasst, wie sie es ja heute im Konkreten auch tut. Sie wissen sicher alle, dass derzeit die theologische Hochschule in Brixen — neben dem Konservatorium in Bozen, das man auch gerade dabei ist, zu entmischen — die einzige tatsächlich zweisprachige Schule in Südtirol darstellt, wo Lehrkräfte in verschiedener Sprache lehren.

ZELGER (SVP): Das ist eine Universität, und nicht eine Schule.

LANGER (NL - NS): Ja, Hochschule habe ich gesagt. Trotzdem, ich würde auch als Universität ein solches Vorbild immerhin als beachtenswert betrachten, gegenüber den bisherigen Vorstellungen, die eine Universität für Südtirol überhaupt ausschliessen. Aber, wie gesagt, die theologische Hochschule in Brixen stellt bisher den einzigen Fall eines solchen Experimentes dar, das, zum Unterschied von

den übrigen Schulen in Südtirol, immerhin darauf abzielt, Menschen für ganz Südtirol auszubilden, und nicht nur Menschen im Dienst der einen oder anderen Volksgruppe. Und ich glaube, dass das ein beachtenswertes Vorbild ist, mit dem man sich auseinandersetzen sollte, wenn man die Ziele, die man gerne im Munde führt — friedliches Zusammenleben und dergleichen — ernst meint.

Wenn ich also anlässlich dieser beiden Paragraphen, nämlich, Zugehörigkeit zur Sprachgruppe, um wählbar zu sein; und zweitens, Trennung der Sprachgruppen in den Schulbezirken, ausholender Stellung genommen habe, dann deswegen, weil ich glaube, dass man hier wirklich vor einer sehr, sehr schwerwiegenden Entscheidung steht, die sich auf die Zukunft des Schulsystems in unserem Lande weittragend auswirken wird. Nicht, weil der Fall gewählter anderssprachiger Schulvertreter in den Bezirksschulräten, so oft vorkommen wird, sondern weil hier ein Präzedenzfall gesetzt wird, und wir werden diesen in keinem Fall, auch auf rechtlicher Ebene, widerstandslos hinnehmen, wenn er durchgehen sollte.

Einen zweiten Punkt wollte ich kurz erwähnen, nämlich die Planungsaufgabe, die die Bezirksschulräte übernehmen. Es ist Ihnen allen bekannt, dass die Bezirksschulräte mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch eine Mitsprache bei der Planung von Schuleinrichtungen bekommen werden. Ich glaube, dass es da sehr wichtig sein wird, nicht nur Schuleinrichtungen, sondern auch Heime in Betracht zu ziehen. Auch diesbezüglich glaube ich, dass es nur von Vorteil sein kann, dass die Bezirksschulräte gemeinsam für die Sprachgruppen planen, denn dann würden gewisse Dinge wahrscheinlich besser abgeklärt werden können. Um Ihnen einige Beispiele zu sagen. Es gibt heute in der italienischen Sprachgruppe einen grossen Überschuss, bei den derzeit gegebenen Beschäftigungsmöglichkeiten, an Abgängern von Oberschulen, Gymnasien, Fachoberschulen usw., aber es gibt zum Beispiel keine Ausbildungsstätten für Gastgewerbe, beispielsweise. Das heisst, dass diesbezüglich die Nachfrage, die so viele Hoteliers heute zum Ausdruck bringen, und die Sie dann jammern lässt über Gastarbeiter, in einem solchen gemeinsamen Schulrat viel besser geklärt werden könnte als in einem getrennten, einfach, weil die Bedürfnisse zwar in manchem getrennt, in vielem aber gemeinsam sind. Und dasselbe gilt für Schülerbeförderungsdienste, dasselbe kann für Heime gelten, dasselbe kann für die Koordinierung zwischen den verschiedenen Schultypen gelten. Auch deswegen glaube ich, dass die Bezirksschulräte Planungsaufgaben übernehmen könnten, die sich gerade auch auf das Verhältnis zwischen den Schulen beziehen. Und Sie werden sehen, dass ich diesbe-

züglich auch einen Änderungsantrag eingebracht habe, der es spezifisch dem Bezirksschulrat anheimstellen soll, sich auch mit Formen von Schüleraustausch zu beschäftigen. Denn, wo sonst, wenn nicht im territorialen Rahmen eines Bezirkes, also, eines übergreifenden Rahmens, wo nicht nur eine einzelne Schule vertreten ist, sollen solche Massnahmen zum Schüleraustausch, und zwar sowohl zwischen Stadt und Land als zwischen verschiedensprachigen Schulen, besprochen und beschlossen werden? Wir glauben also, dass, wenn man Schulbezirksräte einrichtete, man sie dann ernstnehmen sollte und ihnen auch tatsächliche Planungsaufgaben übertragen soll.

Einen letzten Punkt wollte ich noch klären. Ich beziehe mich diesbezüglich besonders auf die Linksfaktionen in diesem Haus, also im besonderen auf die Vertreter der kommunistischen und der sozialistischen Partei. Ich glaube, dass das Verhältnis zum Staatsgesetz, das Verhältnis zu den staatlichen Organen irgendwie geklärt werden muss. Wir sind der Meinung, dass die Schule in unserem Lande viel mehr Autonomie braucht. Wenn wir also vergleichsweise die Befugnisse des Staatsgesetzes herbeiziehen, dann wirklich nicht deswegen, weil wir glauben, dass das Staatsgesetz einfach abgeschrieben werden soll, oder so etwas. Wir glauben aber, dass es sehr wohl einen Prüfstein für die Autonomie darstellt, zu zeigen, ob man aus der Autonomie auch wirklich etwas herausholt. Das heisst: ob man möglichst mehr macht als der Staat zu tun bereit wäre; oder ob man diesbezüglich den Staat sozusagen als gefährlichen Reformeiferer ansieht und dahinter zurtücksteckt. Im besonderen glauben wir, dass die Schulautonomie — und das bezieht sich auch auf die Schulbezirke, auf die Organisationsorgane wie zum Beispiel die Bezirksschulräte — in unserem Lande durchaus einheitlich gesehen werden muss. Dass also nicht die italienischsprachige Schule als die Staatsschule und die deutsch und ladinischsprachige Schule als die Landesschule, sozusagen, ausgebaut werden oder gelten darf. Sondern, dass es notwendig ist, dass endlich die gesamte Schule in Südtirol, ganz gleich mit welcher Unterrichtssprache, tatsächlich zu einer autonomen Schule wird: natürlich nicht zu einer Isolationschule, natürlich nicht zu einer Gettoschule, aber zu einer autonomen Schule. Auch diesbezüglich halten wir es für sehr wichtig, dass die Mitbestimmungsorgane einheitlich sind, so wie es der Landesschulrat eigentlich wäre, aber darin wird er ja immer mehr ausgehöhlt. Wenn wir also nicht wollen, dass die Logik, die auch im neuen Statut leider noch enthalten ist, wo die italienische Schule als Liebling des Staates, wo die italienische Schule sagen wir als Abbild, manchmal als recht wenig in die Landschaft passendes Abbild der Staatsschule schlechthin hingestellt wird, und man der deutschen Schule einen

gewissen Spielraum zugesteht, der dann aber hundert Kontrollen und Einsprüchen und Vetorechten untersteht, dann ist das keine gute Situation. Denn dann bedeutet das, wie eben schon anlässlich der Durchführungsbestimmungen zum Übergang der Schule an das Land erwähnt, dass man die italienische Schule weiterhin auf den Staat hin orientiert und Bürger ausbildet, die sich später einmal vor allem nach Italien hin orientieren sollen und mit dem Land wenig zu tun haben sollen; und dass, umgekehrt, die deutschsprachige und die ladinischsprachige Schule eigentlich nur Reservatsbewohner heranbildet, oder dazu tendiert. Und das wollen wir nicht. Wir wollen eine einheitliche, autonome Schule, wo der Unterschied der Unterrichtssprache und auch bestimmte Unterschiede in den Programmen nach der verschiedenen kulturellen Tradition trotzdem das Bild einer einheitlichen und autonomen Schule ergeben, und nicht das Bild einer schizophrenen Schule, wo die einen auf den Staat und die anderen auf das Land hin orientiert werden. Auch das scheint uns ein Gesichtspunkt zu sein, der bei der Beurteilung dieses Gesetzentwurfes zu den Schulbezirken zu berücksichtigen ist.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

Comm. Aldo BALZARINI

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Vorrei rispondere all'osservazione che ha fatto il consigliere Langer, perchè l'Ufficio di Presidenza non ha letto la lettera della ASGB, Egli ha detto che l'Ufficio di Presidenza non ha aderito. Noi riteniamo che non sia possibile divulgare prese di posizione del sindacato o di qualsiasi altra persona che scrive al Presidente, dandone comunicazione al Consiglio provinciale.

Ha chiesto di parlare l'Assessore Molignoni; ne ha facoltà.

MOLIGNONI (Assessore alle finanze - PSDI): Siccome il consigliere Langer mi ha già detto: «Si sta differenziando», io desidero precisare che essendo su questo banco a parlare, non tanto per ragioni di differenziazione, anche se questa esiste ed è espressa nei molti emendamenti che la Democrazia Cristiana e il Partito Socialista Democratico, che fanno parte della maggioranza, hanno presentato e che saranno discussi nel corso della discussione articolata, ma lo faccio perchè ieri è stata sollevata la questione del chi può parlare e chi non può, da quale banco e da quale non banco. Non avrei voluto che mi si imputasse che parlo dal banco della Giunta, quindi in qualità di Assessore anzichè come Decio Molignoni del Partito Socialista Democratico Italiano. Solo questa è la ragione, Langer, per il fatto

che vengo qui, e dico subito che non porterò via molto tempo alla discussione, anche perchè ritengo che i problemi fondamentali siano stati esposti, significativamente elencati, sia nella relazione che accompagna il disegno di legge da parte degli Assessori competenti, sia anche nella relazione della Commissione legislativa. Ho condensato in pochissime cartelle quello che è il mio pensiero, sia per la parte positiva, sia anche per quella parte che il mio partito ha sempre considerato negativa che, come ho detto poco fa, viene poi riassunta negli emendamenti che sono stati presentati e all'accoglimento dei quali noi facciamo molto affidamento anche per quello che può essere l'atteggiamento complessivo sulla legge stessa.

Dirò anzitutto che la presentazione al Consiglio provinciale del disegno di legge sui distretti scolastici rappresenta indubbiamente un fatto altamente significativo per quella che si definisce la crescita civile e culturale delle nostre comunità locali. Dirò ancora che in questi ultimi anni bisogna ammettere che sul piano nazionale e di conseguenza anche su quello provinciale, abbiamo assistito allo svilupparsi di una assai intensa produzione legislativa, normativa in termini generali a favore del settore scolastico. L'istituzione dei primi organi collegiali della scuola ha indubbiamente contribuito a creare un nuovo metodo di lavoro nel settore, favorendo quella partecipazione di corpi sociali, tradizionalmente assenti dal mondo scolastico. Io ne sono buon testimone, perchè nel mondo scolastico ho operato per 40 anni, con l'assenza assoluta di questi corpi sociali che costituivano un notevole pregiudizio sullo sviluppo complessivo della società. Mi pare non sia assolutamente azzardato il dire che il mondo scolastico per troppo tempo — noi lo sentivamo profondamente quando operavamo in quella sede — è stato affidato quasi esclusivamente ai cosiddetti addetti al lavoro, i quali, anche con le migliori intenzioni — io non sono certo quello che nega queste buone intenzioni al mondo scolastico, dal momento che ero anch'io parte di quel mondo e queste intenzioni le avevo in me, così come erano e nella classe insegnante e in tutti coloro che operavano nella scuola — non potevano non essere viziati nelle loro decisioni da visioni che possiamo considerare eccessivamente settoriali e, dal momento che erano settoriali, frustranti nei confronti di una genuina, autentica espressione di valori e istanze delle varie comunità locali e dei singoli corpi sociali. Era un difetto che noi sentivamo, che abbiamo sempre ammesso ed auspicavamo un allargamento dell'orizzonte scolastico, con l'accettazione di tutto il mondo sociale che stava al di fuori della scuola e che sembrava un corpo separato dalla scuola stessa. Mi pare inutile sottolinearlo: la scuola, il mondo scolastico nel suo insieme rappresenta un

ambiente di fondamentale importanza per la formazione dell'individuo e della società. Sono cose ovvie sulle quali, in fondo, non dovrei neppure soffermarmi a lungo, perchè sono state dette, ripetute e riconosciute universalmente.

Dirò che vicende a noi ancora molto vicine nel tempo hanno dimostrato tangibilmente quanto un'impostazione scolastica manipolata, diretta dal vertice, possa essere deleteria, nel vero senso della parola, per la formazione dell'individuo e della società di cui l'individuo stesso è parte costituente, e non ritengo di dover fare richiamo al ventennio fascista, perché mi pare che le parole siano assai chiare.

Si dice molto frequentemente che l'istruzione deve essere sviluppata a misura d'uomo, per consentirgli di esprimere tutti i propri valori e le sue potenzialità, per realizzare cioè la persona umana come singolo e per favorire in questo modo la crescita democratica della società. Ora lasciatemi aggiungere che se questo è un assioma, cui può essere attribuito efficacia di carattere universale, generale, non c'è dubbio che la scuola assuma significati e ruoli del tutto particolari in realtà in cui, come è la nostra realtà — parlo della realtà altoatesina — del tutto peculiari sono le situazioni che caratterizzano la civile convivenza. La storia nella quale affondano le radici le nostre popolazioni, il ruolo cui nella realtà mistilingue di una zona di confine, di un angolo particolarmente delicato dell'Europa costruenda siamo chiamati ad operare il singolarissimo impianto autonomistico che regola la convivenza tra le nostre popolazioni, esigono una scuola fatta «su misura», una scuola che possa realmente favorire lo sprigionarsi di tutte le energie di segno positivo contenute nel seno di questa nostra società e che ponga i membri della stessa nelle condizioni di fare avanzare le comunità locali verso nuove mete di progresso a tutti i livelli, dopo aver contribuito a formare l'uomo — come dicevo poco fa — in se stesso, nella sua personalità, dignità e cultura.

Se quindi l'adeguamento dell'ordinamento scolastico alle singole realtà locali, cosa a cui invita la normativa nazionale, cosa che è detta e ribadita nei concetti ispiratori dei decreti delegati e di tutto questo complesso di strutturazione interscolastica o parascolastica, ha valore sul piano nazionale, io dico che assume un aspetto del tutto particolare nella nostra provincia, per noi, nel nostro clima autonomistico. La nostra autonomia io penso, infatti, non sarebbe completa e non potrebbe neppure realizzarsi senza l'importantissimo ingrediente scolastico. Questo, del resto, è detto molto bene — diciamolo a onor del vero — nella relazione accompagnatoria al disegno di legge, laddove gli Assessori proponenti, prof. Zelger e dott. Ferretti, parlano di individuare deter-

minate soluzioni, modifiche che vengono richieste dalla particolare situazione locale, ed elencano queste situazioni particolari.

Se qualche perplessità può sussistere ancora sul punto A) — io non ne faccio mistero, perchè non è il caso di farlo —, nessuna esiste per i punti B), C) e D), che segnano proprio quegli adattamenti necessari all'ambiente locale, vale a dire la formazione del Consiglio distrettuale per due distretti, in considerazione della scarsa presenza di elementi (docenti di seconda lingua), caratteristica tutta locale, e la normativa amministrativa, contabile-finanziaria con la relativa autonomia amministrativo-finanziaria.

Questo volevo dire anzitutto, e poi vorrei aggiungere che la necessità di un particolare collegamento fra scuola e autonomia locale si sta evidenziando in modo molto vivace in questo periodo nella vicina provincia di Trento, dove è in atto un dibattito che non ha precedenti nella storia autonomistica del Trentino, e che dà la misura di quanto e quale sia l'interesse generale di tutti gli strati sociali per l'ambiente scolastico e per la vita della scuola. Ne fanno fede le riunioni che sono state tenute (ultima quella di ieri di Malè di cui parla il giornale) e che ognuno di noi può constatare con i dati di fatto. Diremo allora che l'idea dei distretti scolastici si inserisce nel discorso di ampia partecipazione, valorizzazione delle risorse intellettuali locali, che vede particolari momenti di collegamento e di interrelazione tra un territorio omogeneo sotto il profilo della presenza umana e della sua tradizione. Anche questo è detto egregiamente nella relazione accompagnatoria al disegno di legge da parte dei relatori, dove parlano delle finalità principali del distretto scolastico, che è indicata nella realizzazione, nella partecipazione democratica delle comunità locali, delle forze sociali, alla vita e alla gestione della scuola, concepita come servizio educativo permanente reso alla comunità, ed elencano quindi gli elementi costitutivi e qualificanti fra i quali il territorio e l'autonomia amministrativa e finanziaria.

Queste cose vanno dette e sono i lati positivi; sono l'esigenza che tutti noi, uomini della scuola e non, politici e non, sentiamo profondamente nel momento in cui viene alla ribalta questo provvedimento di legge. In questo contesto io credo che l'individuazione del distretto scolastico con l'area geografica e sociale delle comunità di valle sia indubbiamente un fatto valido, così come per me è legittimo e logico anche l'abbinamento laddove il mondo scolastico è ridotto in un unico distretto scolastico anche per due comprensori. Altamente positiva mi pare anche la partecipazione e la possibilità di partecipazione alla gestione della scuola, che nell'ambito del distretto scolastico viene offerta ad espressioni sociali ed economiche importanti, che, come dicevo

all'inizio, tradizionalmente erano escluse da questo tipo di discorso, così come il mondo del lavoro, le rappresentanze sindacali, di categoria e il mondo dell'economia.

Dirò che secondo il mio avviso, nella fase iniziale si dovrà riservare una particolare attenzione e sensibilità a queste realtà, per favorirne un adeguato, facile inserimento nel dialogo, perchè non è nè facile, nè può essere immediatamente adeguato per questa separazione che è esistita per decenni, nel dialogo, nel dibattito e nel lavoro che si svilupperà attorno al distretto scolastico. Bisognerà cercare di evitare le difficoltà del primo impatto che possono attenuare l'entusiasmo partecipativo — e qui non dimentichiamo la lezione che abbiamo avuto dai consigli già eletti a suo tempo, dai consigli scolastici propriamente detti, di istituto ecc.— appunto perchè ci possa essere questo entusiasmo partecipativo, e non condizionare negativamente il loro effettivo inserimento in questo ambiente. Si potrebbe fare una parentesi e aprire la discussione sui consigli che sono stati eletti a suo tempo, sul loro funzionamento, sul loro fallimento in determinati ambienti, in determinate circostanze, ma non mi pare sia il caso. C'è soltanto da augurarsi e da fare in modo che si evitino questi pericoli che già abbiamo corso, perchè ci sia veramente l'entusiasmo partecipativo, particolarmente nel momento di avvio dell'attività del distretto scolastico. Sarà necessario che l'ente provinciale dia a questi nuovi organi tutta l'assistenza per assicurare la massima partecipazione possibile, per evitare il ripetersi di esperienze non certamente del tutto positive dal punto di vista di un'autentica e costruttiva partecipazione, come quelle verificatesi nei precedenti organi collegiali della scuola. Non voglio insistere su questo tema, perchè sembrerebbe forse che da parte mia ci fossero delle prevenzioni o delle ostilità; constato soltanto che in molti casi è mancato assolutamente il funzionamento di questi organi e che pertanto va studiato il modo di creare e sollecitare quell'entusiasmo partecipativo che è venuto meno in molte circostanze.

MITOLO (MSI - DN): (*Interrompe*)

MOLIGNONI (Assessore alle finanze - PSDI): Crisi di rigetto, Mitolo. Non voglio neppure soffermarmi su questa Sua considerazione, perchè parte da presupposti che sono diametralmente opposti e non potrò mai arrivare ad una conciliazione. Io faccio una constatazione, ma su miei elementi di giudizio, Lei la fa sui Suoi, e sono convinto che questi elementi non possono assolutamente trovare una convergenza, una coincidenza.

Dicevo, per concludere questa prima parte, che sotto molti profili e quindi come impianto generale,

il distretto merita un giudizio sostanzialmente positivo e così anche la legge che lo rappresenta.

Ma adesso debbo dire anche i lati che mi lasciano perplesso, che annunciavo all'inizio e che sono poi rappresentati da una serie di emendamenti presentati dalla DC e dal PSDI, che speriamo trovino un ambiente non ostile, ma di accettazione. Non parimenti positivo è il giudizio su alcuni aspetti squisitamente operativi proposti dal disegno in questione. E' in base anche alla correzione di questi aspetti, o quanto meno parziale correzione, che io in questo momento devo subordinare quello che sarà il mio atteggiamento conclusivo in sede di votazione. Direi che questi motivi sono riassunti molto chiaramente dalla relazione della Commissione. In sostanza, se vogliono essere puntualizzati a parte molti altri aspetti che non è il caso di puntualizzare o che non è possibile puntualizzare, essi sono quelli relativi alla elezione diretta dei rappresentanti in seno al Consiglio scolastico distrettuale e la negazione dell'elettorato passivo ai genitori appartenenti al gruppo linguistico diverso da quello ove il figlio frequenta la scuola. Questi due mi sembrano i più evidenti aspetti negativi. L'esclusione del voto di primo grado da parte dei genitori per l'elezione del consiglio distrettuale e il divieto posto ai genitori stessi di votare per un rappresentante del gruppo linguistico diverso da quello cui appartiene il figlio, sono indubbiamente notevoli limitazioni all'affermarsi di quello spirito pluralistico rivendicato dalla stessa norma nazionale e trasfuso poi anche nella nostra norma provinciale. Mi pare — e non voglio essere pesante — che il procedere in questo modo su simili binari paralleli può portare all'accentuazione di quelle divergenze fra le nostre popolazioni che già in altre circostanze ed in altri ambienti scolastici non si sono dimostrate certamente positive e costruttive ai fini della pacifica convivenza alla quale tutti diciamo di guardare con il massimo interesse e il massimo impegno. Non c'è dubbio che la scuola rappresenta una fase molto delicata ed importante della convivenza e che proprio in essa debbono esprimersi i momenti qualificanti per la salvaguardia delle caratteristiche e dell'integrità etnica stessa. Questi sono postulati previsti dallo stesso Statuto di autonomia e che noi non possiamo assolutamente scalfire. Abbiamo perfetta conoscenza dell'art. 19 dello Statuto, primo e terzo comma, che noi non mettiamo in discussione, e anche dell'art. 8 delle norme di attuazione del D.P.R. 116, che noi socialisti democratici abbiamo messo in discussione prima, ma che a varo fatto, a legge costituzionale emanata, non ci sentiamo di porre in discussione; però noi crediamo, malgrado questo atteggiamento chiaro, preciso, inconfondibile, di fronte a quello che è il dettato costituzionale, dello Statuto e delle norme

di attuazione, che la strada dei parallelismi non sia una scelta necessaria per assicurare queste legittime garanzie.

I sintomi di costruttiva collaborazione, di comprensione, di intesa che si sono verificati in diversi ambienti della comunità provinciale — non faccio riferimento diretto a nessuno, perchè tutti li considero tali — debbono essere colti dal mondo politico provinciale e coltivati con attenzione da tutti e due i gruppi linguistici, perchè altrimenti potremmo creare le condizioni per la ripresa di attriti e contrasti che sono dannosi per tutti e di cui abbiamo eco recente in questi giorni e sui quali non mi soffermo, perchè non mi pare di dover affastellare argomenti su argomenti, ma desidero dimostrare quanto meno una certa razionalità tenendomi strettamente al tema. Si tratta in ogni modo di limitazioni che possono essere pregiudizievoli per la stessa educazione permanente, che rappresenta uno degli aspetti qualificanti della normativa nel suo complesso. La previsione in un unico distretto, di due consigli distrettuali, di uno per il gruppo linguistico italiano e l'altro per il gruppo linguistico tedesco lasciano interrogativi aperti. Si può dire, a questo proposito, che questo schema riproduce alla periferia un modello che è già accettato a livello provinciale, dove sappiamo funzionano due Assessorati diversi per uno stesso settore. Vorrei aggiungere anche che le ombre di una simile impostazione sono parzialmente attenuate dal voto della Commissione legislativa che prevede il vincolo per le decisioni assunte nelle sedute congiunte dei due consigli distrettuali per argomenti sui quali vi sia un'ampia adesione da parte delle due componenti.

Detto questo, che spero abbia chiarito qual è l'atteggiamento del mio partito sul provvedimento di legge, quali siano cioè le valutazioni positive e quelle negative o quanto meno di riserva che facciamo, noi ci permettiamo di dire ancora che al di là della lettera della norma che stiamo discutendo è da auspicarsi che le riunioni congiunte fra i singoli consigli distrettuali abbiano una frequenza tale da consentire un reale ed effettivo confronto fra le diverse realtà sociali locali, in modo tale da creare validi presupposti per una costruttiva e serena collaborazione a tutte le espressioni del mondo scolastico, e per favorire conseguentemente buone relazioni fra le nostre popolazioni. I distretti scolastici possono rappresentare un lievito di prima qualità per la nostra scuola e conseguentemente per tutta la collettività. E' necessario che essi operino nella convinzione di avere nel loro seno un germe che va curato ed allevato con attenzione di primo ordine, perchè dalla cura e dall'attenzione ad esso riservata dipenderà in buona parte la vita adulta dei nostri ragazzi di oggi, e di conseguenza quel tipo di persona-

lità individuale e di rapporti interpersonali, nonchè evidentemente l'intera società di domani.

SFONDRINI (PSI): Signor Presidente, signori colleghi, come spesso accade in questa assemblea, a chi tocca prendere la parola su argomenti di una certa importanza rimane sempre la sensazione di dover compiere un dovere d'ufficio tanto per affermare la propria presenza, ma certamente ha l'impressione di non riuscire, non dico ad incidere la volontà di chi ha la maggioranza, ma nemmeno di essere ascoltato. Probabilmente non riusciamo a dire cose interessanti; forse dovremmo compiere atti clamorosi per riuscire in questo.

Il PSI oggi come sempre è fermamente favorevole al decentramento in ogni grado e tipo di istituzione, naturalmente scuola compresa, di conseguenza il PSI opera a livello teorico in sede nazionale e anche in sede locale, attraverso la sua presenza attiva nei dibattiti e nelle lotte perchè tale decentramento non significhi periferizzazione della burocrazia, ma partecipazione dal basso, democrazia reale, controllo sociale. Questo al fine di dare potere ai lavoratori e in questo caso di ridare slancio alla scuola pubblica combattendo l'immobilismo e anche la dequalificazione, per allargare la partecipazione democratica attraverso forme più estese di autogestione nell'ambito dell'ordinamento deciso e stabilito dal Parlamento italiano. Ciò significa anche la valorizzazione degli organi collegiali, i consigli di circolo, di istituto, consigli distrettuali, consiglio scolastico provinciale con la definizione precisa di compiti e di poteri decisionali a questi livelli. Significa però anche sottrarre all'esecutivo provinciale la possibilità di sostituire in toto il potere centralistico del Ministero della Pubblica Istruzione per demandare invece al Consiglio provinciale il compito di stabilire indirizzi generali, la programmazione, il controllo, e agli organi collegiali democraticamente eletti i compiti di gestire la scuola ai vari livelli insieme a tutte le attività concernenti la crescita civile e culturale della popolazione. Significa anche utilizzare le competenze dell'autonomia in senso dinamico, come strumento di innovazione, di aggiornamento, sperimentazione in stretto rapporto con la ricerca scientifico-pedagogica. Indubbiamente l'istituzione dei distretti scolastici, anche se è un momento importante, non sarà il fatto più importante di quello che prevedibilmente sarà l'istituzione provinciale. Basti riferirci a quella che è la proposta di norma di attuazione riguardante le competenze in materia scolastica che sono all'esame della Commissione dei dodici e al dibattito che è in corso, in modo molto evidente e caldo, a livello di Provincia di Trento, ma che anche nella nostra provincia si sta scaldando. Diciamo quindi che questo pre-

vedibilmente non sarà l'impegno legislativo più importante di questa nuova legislatura e possiamo facilmente prevedere che se l'orizzonte che ci attende non è sufficientemente chiaro, è chiaro invece che le competenze che verranno attribuite alla Provincia faranno sì che questo disegno di legge che istituisce i distretti scolastici sarà ricordato come un fatto di straordinaria importanza. Io non sto qui a dire che c'è ritardo, lo sappiamo benissimo: il disegno di legge non è dell'ultimo scorcio della legislatura, ma è addirittura antecedente a quel periodo.

Si è parlato molto in questo dibattito, ma è anche una sensazione molto diffusa nell'opinione pubblica e soprattutto in quelli che operano direttamente nell'ambito degli organi collegiali. Per quello che ne so, posso dire che non solamente a seguito dei fatti recenti, che hanno visto muoversi soprattutto gli studenti a livello nazionale, ma c'è da parte del mio partito l'intenzione di apportare delle modifiche ai decreti delegati, perchè è innegabile che durante questo periodo di tempo l'entusiasmo che aveva suscitato l'istituzione degli organi collegiali si è attenuato nel tempo. Fra i motivi di questa attenuazione, non perchè sia una sensazione che deriva da un mio giudizio, ma da quello che dice chi partecipa alla gestione degli organi collegiali, questa delusione che si è manifestata, non solamente quest'anno, ma già l'anno scorso attraverso una scarsa partecipazione delle componenti sociali all'elezione per il rinnovo degli organi collegiali, è soprattutto dovuta al fatto che questi organi hanno assunto un carattere burocratico. A questi organi è stata attribuita una funzione che poi ha avuto le sue difficoltà nella gestione da parte degli uffici preposti di carattere politico-burocratico. Infatti, nella gestione essi hanno la sensazione di contare poco, di decidere quasi nulla e quindi di perdere del tempo. Questa è l'osservazione che ne viene fuori. E non sono solo io che dico queste cose — ho avuto occasione di assistere al dibattito promosso dalla DC sabato scorso — ma queste denunce vengono fatte anche da elementi (a detta del giornale) da alcuni esponenti di un certo rilievo, candidati recentemente al Parlamento nazionale per motivare questo allontanamento, questa disattenzione che le componenti sociali hanno nei confronti della loro attività negli organi collegiali stessi. C'è la netta sensazione di non poter decidere nulla, o molto poco: questo è in sintesi il giudizio di chi partecipa all'attività di questi organi. Quell'entusiasmo che aveva accompagnato genitori, insegnanti e studenti in questi anni, è venuto meno, e lo dimostra l'interesse che si è caratterizzato anche recentemente in senso negativo nelle ultime elezioni degli organi collegiali.

Ho sentito la relazione molto articolata dell'Assessore Ferretti in quel convegno e direi che egli

ha affrontato temi di notevole interesse e anche con una sostanziale documentazione. Non condivido il fatto che le finalità delle leggi nazionali di riforma, come anche nel caso degli organi collegiali, sono state esaltate dalla legge provinciale, ma sono state attenuate, e spesso, come avviene per le leggi provinciali rispetto alle leggi di riforma nazionali, si modificano, in certi casi addirittura si stravolgono quelli che sono gli indirizzi generali della legge di riforma nazionale. Credo quindi che il giudizio che ha dato l'Assessore Ferretti sul recepimento delle leggi di riforma a livello nazionale da parte delle leggi provinciali, sia errato. Probabilmente non ha approfondito la questione e ha fatto degli esempi che non dimostrano la sua posizione.

Dette queste cose, non voglio ripetere quello che è il live-motiv che viene dall'opposizione in generale, ma che trova rispondenza anche in alcuni esponenti della maggioranza, se questa è una maggioranza, ribadendo ancora il nostro giudizio sulla difficoltà di avere di fronte un vero interlocutore, visto che abbiamo di fronte un interlocutore per modo di dire, perchè nel momento in cui avvengono dei dissensi nella maggioranza, questi vengono giustificati nel modo in cui sappiamo: alla base di questa Giunta manca un accordo programmatico. E' quindi prevedibile che prevalga sempre la volontà della maggioranza, la volontà della Südtiroler Volkspartei, consentendo ad alcuni esponenti della maggioranza stessa di differenziarsi e di trovarsi anche d'accordo con noi.

Gli aspetti che volevo sottolineare sono già stati sottolineati dai colleghi che mi hanno preceduto e anche dall'intervento dell'Assessore Molignoni, il quale, pur dando un giudizio globale positivo alla legge, in subordine ha chiesto che alcuni articoli vengano modificati. Voi sapete quali sono: la separazione dei distretti scolastici secondo i gruppi linguistici e la negazione dell'elettorato passivo ai genitori appartenenti al gruppo linguistico diverso da quello ove il figlio frequenta la scuola. Mi sembra che questi due punti siano quelli che ragionevolmente la maggioranza deve modificare. Non è tollerabile questo fatto. L'ammissibilità in una scuola di gruppo linguistico diverso a cui si appartiene è consentita dallo Statuto e quindi, ove si prevede la eleggibilità passiva negli organi collegiali precedenti, questa possibilità deve essere estesa anche ai distretti scolastici. Non c'è ragione per negare un fatto evidente di questo genere. E' un atto, secondo me, profondamente antidemocratico, perchè toglie il diritto ad un cittadino di partecipare alla gestione della scuola, così come gli consente in linea generale la legge nazionale e dovrebbe consentire anche la legge provinciale. Se poi, Assessore Zelger, entriamo nella sostanza del problema, dobbiamo rico-

noscere che si tratta soprattutto di un fatto di principio, questo è il punto, perchè poi sostanzialmente sarà difficile che si verifichi un evento di questo genere. Può capitare, ma non è scandaloso questo fatto, che un genitore iscriva il proprio figlio in una scuola di gruppo linguistico diverso dal suo, magari in quello del coniuge. Posso portare un episodio, Assessore Zelger, avvenuto a Merano, di un mio parente, il quale è figlio di madre di lingua tedesca e di padre di lingua italiana, che a sua volta ha sposato una donna di lingua tedesca. Egli potrà vedersi rifiutare l'iscrizione del figlio con dei pretesti alla scuola elementare, perchè porta il nome italiano: si chiama Sfondrini. Il bello è che questa bambina parla solamente il tedesco, per cui avrà grosse difficoltà ad iscriversi alla scuola elementare di lingua italiana, perchè prevalentemente parla il tedesco, e si è vista, con dei pretesti, salvo poi la telefonata del direttore a casa che voleva rimettere le cose a posto, rifiutare l'iscrizione alla scuola di lingua tedesca. Nel caso in cui si iscrive il proprio bambino alla scuola diversa dal gruppo linguistico di appartenenza di quella del genitore, del padre, con questo articolo si nega il diritto (elettorato passivo) dei genitori di partecipare all'attività degli organi collegiali. Potrebbe verificarsi addirittura che la madre appartenga a quel gruppo linguistico e il padre ad un gruppo linguistico diverso; la madre appartenga al gruppo linguistico tedesco e il padre al gruppo linguistico italiano. Questo è un fatto di principio che non è tollerabile da parte nostra che venga inserito nella legge provinciale.

L'altra questione — mi spiace dover ripetere cose già dette — è la separazione dei distretti scolastici secondo l'appartenenza ai gruppi linguistici, che in sostanza rende difficile e compromette l'aspetto unitario rappresentato dal Consiglio scolastico provinciale, il quale tutto sommato, anche se ha delle rappresentanze che si riferiscono ai gruppi linguistici, opera in modo unitario. Si è fatta questa distinzione difficilmente contestabile, anche se si tratta di svolgere determinati compiti di programmazione, quindi di intervento sul territorio, per quanto riguarda parecchi adempimenti che sono previsti dalla legge.

I consigli distrettuali decidono poi nella loro ampia e piena autonomia anche in modo diverso da quelle che sono le esigenze generali che emergono in questi momenti di coordinamento. Però, trattandosi di organi che debbono svolgere dei compiti importanti come quelli previsti dalla legge, non si può assolutamente pensare ad un'attività che sia completamente distaccata da un organo rispetto all'altro, e non ci sia invece un confronto, un esame delle questioni, un momento di dibattito e di decisione comune, pur lasciando salva — questo non è contesta-

bile — la sovranità dei due distretti. E' evidente che se si favorisce questo momento, le carte in tavola non si confondono e si creano invece i presupposti per un esame serio, approfondito e soprattutto responsabile dei problemi che i distretti nel loro territorio devono affrontare. Assessore Ferretti, quando Lei dice che le leggi provinciali in sostanza hanno recepito e migliorato — lo ha dimostrato nel Suo intervento di sabato — dimentica di dire che pur affrontando questioni specifiche locali, quindi della presenza dei gruppi, attraverso le leggi provinciali si accentua sempre questo fatto per creare delle difficoltà e delle divisioni. La legge di riforma che si recepisce dallo Stato, nella nostra provincia viene sempre utilizzata per accentuare queste divisioni e non per superarle, per attenuarle. Questi sono aspetti che non ci consentono di votare a favore della legge. Penso che la Giunta, nonostante la situazione politica esistente nel suo seno, capisca che introdurre principi di questo genere in un momento particolarmente delicato come l'attuale, certamente non favorisce la distensione che, a parole, anche il Presidente della Giunta provinciale nei giorni scorsi ha detto di volere.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Signor Presidente, signori Consiglieri, sono già intervenuta nella seduta precedente, ma desidero ugualmente riproporre alla vostra attenzione alcuni temi che riguardano questa legge in particolare e soprattutto l'ambito scolastico nel quale noi andiamo a varare questa legge. Vorrei iniziare partendo da un discorso generale, che molte volte abbiamo fatto, ma che io credo valga la pena rifare qui in termini problematici, in termini che facciano riflettere.

Noi, vogliamo credo, che la scuola in Sudtirolo sia davvero un luogo primario di socializzazione ed educazione delle nuove generazioni. Su questo non ci possono essere dei dubbi. Ma se davvero vogliamo che essa sia settore promozionale dell'educazione permanente anche degli adulti, anche nel contesto del dibattito sui distretti scolastici, noi dobbiamo dire queste cose. Io non ho sentito i consiglieri di maggioranza intervenire su questi aspetti generali della scuola. Se è vero come è vero che il nuovo Statuto di autonomia dà competenza primaria in materia di legislazione sui programmi scolastici alla Provincia, noi crediamo che qui il compito della Provincia non sia solo quello di attuare i termini più qualificanti della riforma scolastica a livello nazionale, ma crediamo che il compito della Provincia debba andare oltre e cioè debba partire dal terreno autonomistico per ampliare gli spazi di democrazia dentro la scuola, per qualificare la scuola sudtirolese, non facendole occupare un ruolo subordinato. Noi crediamo che nel contesto della provincia di Bolzano

la scuola non svolga quel ruolo di avanguardia della società sudtirolese che potrebbe invece svolgere; noi crediamo che svolga un ruolo ancora troppo subordinato, rispetto alle problematiche che la società sudtirolese contemporanea pone.

Vorrei ancora porre questo quesito alla vostra attenzione. Se è vero che è possibile sviluppare una pacifica convivenza tra i diversi gruppi, è importante che sia la scuola da un lato a sviluppare l'identità culturale fino ai livelli superiori, e dall'altro che sia sempre la scuola a sviluppare nel proprio interno una ricerca di programmazione scientifica in grado di predisporre reali condizioni di comunicazione e di scambio tra i due ambiti linguistici.

Ho voluto riproporre queste finalità della scuola: da una parte il compito di sviluppare l'identità culturale fino ai livelli superiori, ma dall'altra anche quello di creare le condizioni reali di una comunicazione e di uno scambio tra i due ambiti linguistici, perchè la scuola sia base di apprendimento della seconda lingua, che è diritto e dovere di tutti i cittadini della provincia di Bolzano apprendere. Ho detto questo perchè mi pare che nel dibattito, a parte gli interventi che sono venuti dai consiglieri della sinistra e da altri consiglieri di opposizione, i consiglieri di maggioranza non si siano espressi su questi punti e li abbiano evitati; o comunque se li hanno affrontati, come ha fatto il consigliere Kaserer, li hanno affrontati da una prospettiva che a nostro avviso non può essere condivisa. Voglio dire che se si vuole operare sul terreno autonomistico per favorire la convivenza e la collaborazione tra i gruppi linguistici, se davvero si considera l'autonomia patrimonio di tutte le forze sociali e politiche, se davvero si è d'accordo su questa impostazione di fondo, mi pare poi che bisogna anche essere coerenti. Mi pare che molti interventi abbiano fatto rilevare come all'interno di questa legge ci siano degli articoli, delle norme che sono addirittura in contraddizione con questo o che per lo meno non agiscono in questa prospettiva. Noi riteniamo che la scuola sudtirolese debba diventare centro di formazione e scambio fra le due culture; noi riteniamo che si debba in prospettiva, creando da ora le premesse e recuperando il troppo tempo perduto, preparare una formazione culturale e professionale che risponda alle esigenze e diventi pratica di massa della bilinguità. In questo modo noi crediamo, Presidente Magnago, che non si verificheranno poi, come Lei ha detto, soprattutto all'interno del gruppo linguistico italiano vittimismo di ogni tipo. Se noi agiamo in questa direzione, sicuramente anche quegli aspetti, che in parte sono reali e che Lei ha fatto rilevare, non ci saranno o andranno progressivamente diminuendo.

All'interno del dibattito da varie parti e da fronti

diversi sono state fatte rilevare le difficoltà nel funzionamento degli organi collegiali. Io credo che sia un bene che si sia fatta questa rilevazione, perchè in effetti gli organi collegiali hanno trovato grosse difficoltà a funzionare, là dove non hanno voluto limitarsi ad essere degli organismi passivi, di supporto della scuola tradizionale, ma là dove invece hanno voluto fare in modo di portare delle toppe alla scuola che era in crisi. Perchè gli organismi collegiali della scuola hanno trovato delle difficoltà? Sicuramente per limiti, macchinosità esistenti all'interno dei decreti delegati stessi, ma non credo che questa causa sia l'unica. Già l'altra volta avevo fatto rilevare come nella scuola convivono quasi due strutture: da una parte una struttura centralistica, verticistica, basata sulla divisione gerarchica; dall'altra, invece, vi è una scuola formata da organismi nuovi le cui caratteristiche sono antitetico alla struttura a cui ho accennato. Ma la convivenza tra questi due aspetti della scuola è sicuramente difficile, problematica. Il distretto, con le ampie funzioni che ha, può dare forza agli organismi elettivi della scuola già esistenti, ma se analizziamo i compiti di programmazione del distretto scolastico in tema di attività extra-scolastiche, dei vari servizi di orientamento, dei servizi di assistenza socio e psicopedagogica, di medicina scolastica, di attività di sperimentazione ecc., noi non possiamo pensare che il distretto possa effettivamente realizzare tutto questo che è di grande e di massima importanza, se non si tiene in considerazione il fatto che in breve termine si dovrà andare ad una ristrutturazione di quella parte che ho detto centralistica e burocratica della scuola, quindi ad una ristrutturazione dei provveditorati, delle intendenze ecc. Altrimenti, fermo restando l'attuale assetto scolastico, il distretto rischia di assumere soltanto il ruolo di interlocutore obbligato di una singola autorità, nei cui riguardi scarica le sue potenzialità. Noi, riguardo questo punto che consideriamo importante e fondamentale, presenteremo alcuni emendamenti.

Ancora una constatazione di carattere politico. Credo che la stessa Giunta provinciale nel proporre questa legge abbia fatto trapelare difficoltà, divergenze che ci sono al suo interno. Abbiamo sentito appena adesso l'intervento dell'Assessore Mognoni, il quale giustamente crede nella funzionalità e democraticità di un organismo quale il distretto scolastico, ma critica aspramente alcune norme contenute nella legge. Sicuramente riguardo a questo — voglio rispondere anche al consigliere Kaserer — se davvero si vuole democratizzare la scuola, ampliare il suo spazio di democrazia, ampliare il suo rapporto con la società civile, se davvero si vuole quindi anche l'efficienza della scuola, non si possono restrin-

gere gli spazi di democrazia, come Lei invece ha detto, ripetuto, proposto anche nella Commissione legislativa. Noi crediamo che la democrazia per essere difesa vada ampliata, non ristretta. Con questo sono sicuramente d'accordo con quanto ha detto Langer nel suo intervento. Nel precedente intervento io avevo fatto una domanda agli Assessori alla quale spero mi diano risposta. Avevo chiesto se il distretto nasce in un clima da cui sono assenti la sfiducia e il sospetto. Io credo che rispondere a questa domanda sia fondamentale, perchè sfiducia e sospetto esistono, e alcune norme di questa legge non fanno altro che alimentarle.

E' stato criticato in molti interventi il fatto contenuto nell'art. 2 della legge, per cui i genitori non appartenenti al gruppo linguistico della scuola di cui fanno parte i propri figli non possono essere eletti, rappresentati all'interno del distretto scolastico. Noi crediamo che veramente questa norma sia inaccettabile e sul piano costituzionale e anche sul piano di ciò che dice il nuovo Statuto di autonomia. Io vorrei citare l'art. 3 della nostra Costituzione: *«Tutti i cittadini hanno pari dignità sociale, sono uguali davanti alla legge, senza distinzione di sesso, di razza, di lingua, di religione, di opinioni politiche, di condizioni personali e sociali. E' compito della Repubblica rimuovere gli ostacoli di ordine economico e sociale che limitando di fatto la libertà e l'uguaglianza dei cittadini, impediscono il pieno sviluppo della persona umana e l'effettiva partecipazione di tutti i lavoratori all'organizzazione politica, economica e sociale del Paese»*. Cito ancora l'art. 2 del nuovo Statuto speciale di autonomia per il Trentino-Alto Adige: *«Nella regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali»*. Io invito i consiglieri e anche la Giunta a fare una riflessione su quanto loro sono andati affermando nella legge e mi auguro che davvero questa riflessione avvenga, sia una riflessione ampia, pacata, perchè altrimenti credo che le conseguenze di questa scelta ricadranno sulla nostra provincia, sulla prospettiva che la nostra provincia ha di diventare sempre più una provincia aperta e democratica, e sempre meno invece una provincia chiusa in sè, che subisce leggi nazionali, limitandone il loro contenuto, respingendo lo spirito democratico che in queste leggi è contenuto.

Voglio precisare un altro aspetto. Sicuramente le proposte fatte da Kaserer e da altri due consiglieri della SVP di limitare al massimo lo scambio di opinioni tra i distretti scolastici, non vanno nella direzione anche del nuovo Statuto di autonomia, che — è bene ricordarlo — è patrimonio di tutte le forze sociali e politiche esistenti nella nostra provincia ed e-

sistenti anche nel Paese. C'è addirittura paura — e questo è veramente grave — che le riunioni congiunte possano sfociare in un intento comune da parte dei due distretti scolastici che si incontrano. Ma questo è veramente assurdo! Non è possibile avere una visione così ristretta dei rapporti corretti che devono intercorrere tra scuola di lingua italiana e di lingua tedesca, altrimenti tutto il discorso della costruzione della pacifica convivenza in Alto Adige, della collaborazione tra i gruppi linguistici, va veramente a «farsi friggere»! Scusatemi l'espressione.

Per quanto riguarda la composizione del distretto scolastico, mi permetto di far rilevare alcuni dati. Sicuramente il fatto che noi andiamo ad eleggere distretti scolastici di lingua italiana e tedesca, coinvolgerà un numero ampio di cittadini. Noi non siamo d'accordo sul fatto che i genitori non possano partecipare con elezione diretta; ma anche su questo pensiamo ci sia un ripensamento, perchè qui in aula parecchi si sono espressi contro questa limitazione. Nella legge nazionale è prevista, sia da parte degli studenti che da parte dei genitori, la partecipazione diretta alle elezioni. Non è stata qui data una motivazione seria, che possa essere realmente condivisa, che ci faccia dire: «Sì, avete ragione; qui in Alto Adige cambiamo la legge nazionale». Vorrei far rilevare alcuni dati relativi alla composizione dei singoli distretti scolastici raffrontando la composizione e le proporzioni esistenti all'interno delle varie componenti del distretto scolastico, così come sono previste dalla legge nazionale e così come sono previste dalla legge della Provincia. Gli studenti nella legge dello Stato rappresentano il 16% delle componenti, i direttori il 9%, i docenti il 13,6%; i Comuni il 16%, i genitori il 16%, i sindacati confederali il 7%, gli autonomi il 7%. In totale gli eletti dal basso direttamente sono il 55%. Ora vorrei darvi i dati della composizione del distretto scolastico a livello provinciale: gli studenti sono l'8%, quindi la rappresentatività degli studenti passa dal 16 all'8%; la rappresentatività dei direttori dal 9% prevista dalla legge nazionale al 19%; i docenti dal 13% al 23%; i Comuni dal 16 al 12%, tenendo addirittura conto che mentre nella legge nazionale è prevista per i Comuni la rappresentanza di un componente dei partiti della minoranza, in quella provinciale questo particolare sparisce; i genitori dal 16% al 15%; il sindacato dal 7 al 4%. Complessivamente gli eletti dal basso direttamente sono il 12%. Ho citato questi dati perchè credo che anche all'interno della composizione dei vari distretti vadano apportate delle modifiche che garantiscano l'effettiva rappresentatività e quindi democraticità del distretto scolastico che si va costituendo.

BURATTI (SVP): Die vielen Wortmeldungen be-

weisen das grosse Interesse der Öffentlichkeit der Schule gegenüber, und das kann uns Lehrer nur freuen. Ich bin überzeugt, von allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen beeinflusst die Schule besonders intensiv das Leben und das soziale Schicksal jedes Staatsbürgers und seiner Kinder. Jeder Mensch verbringt einen grossen Teil seines Lebens in der Schule. Für den Jugendlichen stellt die Schule das erste Erfahrungsfeld für die Beziehungen zwischen Individuum und öffentlich-staatlicher Sphäre dar. Der Erwachsene sieht mit Recht die berufliche und soziale Zukunft seiner Kinder weitgehend durch die Schule bestimmt. Und hierin ergibt sich als Fazit, dass es sehr gut ist, dass in der Schule eine Gemeinschaft entsteht, die aufgebaut ist auf das Mitspracherecht aller derjenigen, wie ich vorhin erwähnte, die mit der Schule etwas zu tun haben. Wenn man zurückschaut, zwanzig Jahre, dreissig Jahre, und die schulische Gemeinschaft anschaut, dann kann man sehen, dass auch damals schon, vor allem in den Grundschulen, eine der grössten Hilfen für den Lehrer immer wieder auch die Zwiesprache mit dem Elternhaus war. Ich weiss aus Erfahrung, wie solche gemeinsame Aussprachen für eine gute und erspriessliche Berufsarbeit für den Lehrer es brachte.

Nun sind wir, seid der Delegierungsdekrete, auch durch ein Gesetz gebunden, solche Mitsprachegremien einzusetzen. Wie wir wissen, sind bereits alle Gremien, bis auf den Bezirksschulrat, eingesetzt worden. Deswegen bin ich überzeugt, dass diese Vorlage, die ja praktisch die Lücke jetzt füllt, etwas Gutes ist. Aber, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass alle Gesetze nichts nützen, wenn nur die Theorie und wenig die Praxis angewandt wird. Und über die Anwendung gerade dieses Gesetzes in der Praxis ist bereits von meinen Vorrednern das eine und andere gesagt worden. Aber, die ganz einfache Praxis ist die, dass jemand gewählt werden muss, und dass der, der gewählt wird, dann auch im Sinne dieses Gesetzes sein Mitspracherecht in jedem Falle immer und zu recht ausnützt.

Ich möchte gerne auf die Philippika unseres Kollegen Langer eingehen, aber ich weiss, dass Dr. Zelger in seiner Eigenschaft als Landesrat für Schule und Kultur eingehend antworten wird. Aber eines möchte ich sagen: dass wir in keinen Fall von dem abgehen, was wir immer und immer wieder bekundet haben: Hände weg von der deutschen Schule! Und wenn wir dies gesagt haben, dann werden wir auch konsequent es immer durchführen.

Und wenn auch, meine sehr verehrten Kollegen, der eine und der andere, auch Südtiroler, schwach geworden ist, dann bin ich der Überzeugung, dass er es deswegen geworden ist, weil er den Weg des

kleinsten Widerstandes gehen möchte. Und in der Schule sehen wir immer wieder, welche Konfliktsituationen heraufbeschworen werden, die aber nur durch Konfrontation, durch ehrliche Konfrontation, nur durch ehrliche Mitarbeit und — ich möchte dies nicht ungesagt lassen — durch Mitverantwortung geprägt sind.

Und wenn ich vorhin vom Weg des kleinsten Widerstandes gesprochen habe, so glaube ich, dass es heute gerade bei uns in Südtirol sehr aktuell geworden ist, und nicht zum Schluss ist auch der Wohlstand schuld daran, dass man sich jetzt nicht mehr so sehr für Sachen und Dinge einsetzt, die ein Volk braucht, um weiterzuleben und weiterzubestehen, weil man glaubt, alles schon in Händen zu haben. Aber, wehe, und ich möchte es ein drittes Mal sagen, wehe, wenn wir beginnen, diesen Weg zu beschreiten! Und die Südtiroler Volkspartei wird alles Mögliche tun, um das zu verhindern.

Nun, die Schulgremien, diese Mitbestimmungsgremien sind nicht nur ein demokratisches Recht für alle jene, die in der Schule mitreden wollen, die ja nichts anderes ist als die Wiege, als die Zukunft des Kindes, des eigenen, aber auch die Zukunft des Volkes. Und deswegen ist die Demokratisierung der Schule wohl ein Zeugnis dafür, dass Demokratie, Mitbestimmung, das Recht der Mitbestimmung, das Recht der Aussage, das Recht des Mitredens das Richtige ist. Erst wenn Lehrer, Eltern und Schüler gemeinsam bestrebt sind, den Schulbetrieb zu verbessern und den Lernprozess der Schüler zu fördern, werden sowohl die Schulreform als auch die Schulautonomie zum Wohle aller zum Tragen kommen. Und wir wollen ja, schliesslich und endlich, nichts mehr, als dass für unsere Jugend, für unsere Kinder die Schule, vorbereitend für das Leben, ihnen das Bestmögliche mitgibt. Und jeder Lehrer unter uns weiss und hat es selbst miterlebt, welch grosse Erziehungshilfen das Mitreden, die Meinung des am Erziehen interessierten Menschen bringt.

Die Vorredner der Opposition sind eigentlich immer wieder auf das Problem der gemischten Schule eingegangen. Es wird uns vorgehalten, dass wir Rassisten wären. Es wird uns vorgehalten, dass wir die eine Schule als Landesschule ansehen, und die Schule der italienischen Volksgruppe eben als Nicht-Landesschule: dass wir, so ungefähr, beide Schulen trennen wollen. Wir wollen in keiner Weise das Recht des anderen beschneiden. Wir wollen aber auch, in keiner Weise, uns unser Recht beschneiden lassen! Und das muss die Opposition verstehen. Das müssen diejenigen verstehen, die uns immer wieder vorwerfen, wir seien Rassisten. Das gleiche könnte ich von ihnen sagen. Haben wir das Recht, oder

haben wir es nicht, auf unsere Eigenständigkeit zu pochen? Und wenn wir eigenständig bleiben wollen, und das haben wir gesagt, und werden es auch in Zukunft sagen, dann werden wir unsere deutsche Schule so erhalten, wie wir es uns vorgestellt haben und wie es auch richtig ist.

Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, haben wir auch in dieses nun vorliegende Gesetz gewisse Klauseln eingefügt. Und ich möchte auf das zu sprechen kommen, was Frau Kollegin Barbiero vorhin erwähnt hat: dass wir einen Gedankenaustausch — «uno scambio», hat sie gesagt — zwischen den italienischen und deutschen Bezirksräten verhindern wollen. Das, Frau Barbiero, haben wir nie gesagt und werden wir auch nie sagen. Der Gedankenaustausch soll sein. Aber wir wollen dann, haben wir gesagt, getrennt beschliessen und abstimmen. Ich habe es schon einmal gesagt, aber ich möchte es noch einmal sagen: Die Gremien werden nur dann für unsere Schule wichtig sein, wenn sie nicht nur gewählt werden, sondern wenn das Mitspracherecht von seiten der Eltern und der Schüler dann tatsächlich ausgeübt wird. Und demnach müssen wir alles in unserer Kraft stehende tun, um diese Gremien, die ich als gut, als sehr gut hinstelle, funktionsfähig zu machen.

BERTOLINI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Aufgaben der Schule sind wichtig. Darüber brauchen wir nicht lange zu diskutieren. Und es bezeugt dies auch wiederum diese lange, schwierige und vielleicht auch heisse Diskussion in der Auseinandersetzung um die Schule. Aber ich möchte doch drei Dinge aufwerfen und sagen, warum die Schule wichtig ist. Und ich glaube, man könnte in der Argumentation, warum auch wir die Schule mit einem bestimmten Ziel sehen, immer wieder darauf zurückkommen. Ich wiederhole mich vielleicht in enigem mit dem, was ich jetzt sage, mit den Vorrednern unserer Partei. Aber, es wird auch von anderer Seite immer wieder wiederholt, immer wieder das Gleiche gesagt. Und so scheint es mir notwendig, selbst den Mut zu haben, auf Wiederholungen einzugehen.

Ich möchte meinen, die Aufgabe der Schule müssen wir immer neben der Aufgabe der Familie sehen, und mit der Aufgabe der Familie. Und daher müssen wir wohl sagen, nach der ersten Grundlegung für die Persönlichkeitsbildung in der Familie selbst, ist der nächste Weg, der nächste Schritt für das Kind eine weitere Grundlegung in der Schule. Die Schule ist aber auch, neben der Familie, Vermittlerin von allgemeingültigen Werten für eine Lebensorientierung des Kindes und Menschen. Ich möchte die Betonung darauf legen: «Vermittlerin von Werten für

die Lebensorientierung». Das ist ein Prozess, der lange dauert. Die Schule ist aber zusätzlich auch Vermittlerin von Wissensinhalten für eine Lebensvorbereitung. Das sind vielleicht drei Dinge, die jeder der Schule zusprechen muss, in welchem Lichte immer er die Aufgabe oder die Inhalte der Schule sieht.

Nun ist auch diese Schule in gleicher Weise dem Demokratisierungsprozess ausgesetzt, oder, die Schule muss den Demokratisierungsprozess übernehmen, wie dies in der gesamten Gesellschaft vor sich geht. Der Demokratisierungsprozess der Gesellschaft wirkt sich letztlich auch aus und muss sich wohl auswirken auf den Demokratisierungsprozess der Schule. Aber, dieser Demokratisierungsprozess, glaube ich, sollte wiederum ein wichtiges Ziel vor Augen haben, welches, wie ich glaube, das sein müsste: nicht nur Demokratisierung als Selbstzweck, sondern, der Demokratisierungsprozess sollte den Eltern die Mitsprache insofern ermöglichen, als es eine Partnerschaft ergibt zwischen Familie und Schule. Ich würde viel lieber sehen, dass die Demokratisierung dieser Schule ein Mittel ist und ein Mittel bleibt, eine Methode vielleicht, um echte Partnerschaft zwischen Eltern, Familie und Schule hervorzubringen. Und das Ziel müsste diese Partnerschaft sein. Wenn ich versuche, die Dinge auf diese Weise zu sehen, dann fallen manche Argumente etwa weniger wichtig aus, die man in der Demokratisierung hochspielt. Also, wollen wir doch Demokratisierung als eine Möglichkeit, als ein Mittel, als eine Methode hin zu echter Partnerschaft zwischen Schule und Familie sehen. Vielleicht mag in diesem Sinne der Demokratisierungsprozess etwas relativiert sein. Aber, wir tun gut, wenn wir manche Dinge nicht nur absolut setzen, das Mittel absolut setzen, ohne vielleicht das Mittel zu relativieren im Sinne des Zieles, das wir erreichen wollen.

Wir haben diesen Prozess begonnen mit der Gesetzgebung zu den Mitbestimmungsgremien. Die Erfahrungen in diesem Prozess sind noch jung und gehen erst einige Zeit vor sich. Und jeder von uns muss doch auch aus einer persönlichen Lebenserfahrung heraus bereit sein, zuzugeben, dass solche Prozesse nicht von heute auf morgen geschehen, sondern sie heißen auch deswegen Prozesse, weil es ein laufendes Tun und Handeln ist, ein laufendes Lernen und vielleicht ein laufendes Sichanpassen diesem guten Ziel. Und wenn die Erfahrung noch nicht nur das Positive erbracht haben, dann dürfen wir doch sagen, dass dies auch der zu kurzen Zeit zuzuschreiben ist, in der wir Erfahrungen sammeln konnten. Es gibt aber über diese Mitbestimmungsgremien bereits auch positive Erfahrungen, dort, wo es eben möglich war, Unsicherheit zu entfernen und Ge-

meinsamkeiten zu finden. Lassen wir es auch ruhig zu, dass dies Zeit braucht. Es muss nicht alles in unserer Gesellschaft von heute auf morgen umgekrempelt werden. Es geht da sehr viel letztendlich nur zu Brocken. Wir können uns Zeit nehmen dazu.

Es scheint heute, dass die Schule, auch aus ihrer Wichtigkeit heraus, in den Händen aller liegt, — vielleicht auch in den Händen zu vieler Kräfte. Und es mag sein, dass trotz Mitbestimmung durch die Eltern noch immer die Eltern jene sind, die in diesem ganzen Griff nach dem Kind und Griff nach der Schule unsicher abseits stehen. Das mag sein, und ist auch zugegeben. Dies sollte uns auch immer wieder nachdenken lassen, wie man diese Situation verbessern kann. Gewiss muss uns die Entwicklung des Kindes Grund genug sein, alle Anstrengungen zu machen, damit wir dem Kind helfen, über Familie und Schule, über Eltern und Lehrer, ein möglichst vollwertiges Glied der zukünftigen oder auch jetzigen Gesellschaft zu werden. Es ist Verantwortung dabei. Und ich glaube, wir müssen die Verantwortung, auch unsere Verantwortung in dem Sinne sehen, dass diese Kinder dann eben die Zukunft der nächsten Gesellschaft hier in Südtirol sind.

Wir haben heute wieder ein Gesetz vorliegen, das die Demokratisierung der Schule, wenn ich so sagen darf «fortschreiben» soll, obwohl wir eigentlich mit dem, was bereits begonnen hat, noch gar nicht recht zu Rande gekommen sind. Wir müssen hier ein Gesetz nachvollziehen, weil es auf staatlicher Ebene gegeben wurde, ohne dass wir vielleicht in all diesen Dingen einverstanden sein können, weil wir auch ruhig sagen dürfen, dass Demokratie allzu leicht zur «Demokratatur» wird, die manchmal nicht mehr den vollen Sinn hat. Nun aber, wir haben ein Gesetz hier, und wir sollen diese Demokratisierung mit diesem Gesetz «fortschreiben». Es ist eigenartig, dieses Gesetz gibt eine äussere Form. Es berührt nicht Schulordnung, es berührt nicht Inhalte, es berührt nicht Ziele. Und trotzdem schafft dieses Gesetz einen Rahmen, der genützt werden kann für Ziele und Inhalte. Dies laut Artikel 1 und Artikel 8, wo eben umschrieben ist, wo beschrieben ist, welche Aufgabe dieses Gesetz hat, und welche Aufgaben man auch diesen Bezirksschulräten überträgt. Und nun, alle Parteien wissen das, und alle Parteien reden darüber, das ist doch ganz klar. Und es ist das Recht einer jeden Partei, darüber zu reden, in ihrem Sinne.

Nun wird im Zusammenhang mit diesem Gesetz am meisten dieses Problem der Zuordnung der Schulbezirke zu der jeweiligen Sprachgruppe besprochen und auch kritisiert. Und gerade auf diesem Gebiet will man Veränderungen einbringen. Es ist das der Angelpunkt, mehr oder weniger, einer jeden

Streitfrage. Und es werden hier Worte gebraucht, die bestimmt nicht dazu helfen, das zu schaffen, was man von der anderen Seite her immer wieder gerne sagt: das friedliche Zusammenleben. Denn, wenn in diesem Haus Wortschöpfungen wie «Rassismus», «Attentat» und ähnliches in diesem Zusammenhang gebraucht wird, dann muss ich nur sagen: hiermit schafft man Klima, und man kann nicht nur uns vorwerfen, dass wir mit sogenannten Sonntagsreden in diesem Land Klima schaffen. Dann, meine ich, ist hier alles geschöpft an Worten und an Aussagen, das wirklich Klima schafft. Man will hier ja gar nicht das friedliche Zusammenleben! Das müsste man mir noch klarmachen, wenn man in dieser Form von den Inhalten spricht, die einfach da sind, zum Schutze einer Volksgruppe. Und damit werden diejenigen, die das aussprechen, für sich selbst praktisch unwahr. Das zeigen auch alle Anträge, zum Artikel 2, zum Beispiel: Anträge, die in der Kommission gekommen sind, und die hier wieder kommen werden. Man will den Werdegang jeder Sprachgruppe und Volksgruppe in ihrer Eigenart einfach hemmen. Mag hier auch noch so gesagt werden, Mischversuche wollen wir keine, dann stimmt das einfach nicht, weil die Wege zur Mischkultur aufgetan werden und erkämpft werden, hier drinnen! Schliesslich und endlich geht es hier um die Identität eines Volkes. Und hierzu gehört die Sprache. Und irgendwo wurde auch einmal vernünftigerweise gesagt, und vielleicht wurde es oft gesagt und geschrieben: dass die Sprache überhaupt das Mittel ist, um Kultur zu leben; dass, wo Sprache aufhört, auch die Kultur und Eigenständigkeit eines Volkes aufhört; dass, wo Sprache aufhört, auch die Lebensauffassungen und Lebensäusserungen sich verändern werden. Und schliesslich und endlich müssen wir doch zugeben, dass wir hier als Südtiroler Volk auch diese Heimat sehen wollen, die wir in geistiger Weise vorfinden. Heimat ist nicht nur immer territorial allein zu sehen. Heimat ist auch dort, wo eben diese Werte geistig verwurzelt sind. Das wollen wir doch einmal von dort her überlegen, wenn wir meinen, dass alles zum Schutz der Bewahrung dieser geistigen Heimat getan werden muss, in unserem Lande. Und wenn ich ausdrücklich und willentlich das Wort und den Begriff «Heimat» hier hereinbringe, dann eben entgegen dem ganzen Geschwafle von Rassismus, der damit nichts zu tun hat, wenn ein Volk auf legale Weise und auch aus innerer Überzeugung seine Heimat in Sprache, Kultur, Lebensauffassungen, Lebensäusserungen, Brauchtum und dergleichen zu schützen gewillt ist.

Und nun meine ich, dass die Schule auch das gewährleisten muss, nämlich den Schutz dieses Vol-

kes, das auch in seiner Kultur eine geistige Heimat hat. Und wenn wir meinen und glauben, dass die Schule allgemeingültige Werte für die Lebensorientierung vermittelt, dann steckt auch das drinnen: dass eben Schule gewährleisten soll, dass ein Volk in seiner Kultur, in seiner Sprache beheimatet bleibt. Und ich würde jetzt meinen, das bräuchte ich doch gar nicht allein für unsere Volksgruppe zu sprechen; irgendwo gilt das doch auch für die italienische Volksgruppe, aber deren Anwalt muss ich hier ja nicht sein, sondern ich bin der Anwalt unserer Volksgruppe.

Und nun will man gerade über diese Bezirksschulräte — und das können Sie alle zusammen nicht leugnen — die gemischtsprachige Gesellschaft auf den Weg bringen, und zwar über die Schule, ja, sozusagen «institutionalisieren». Und wenn hier gesagt wird, es gäbe Ungerechtigkeiten gewissen Eltern gegenüber, und zwar jenen Eltern gegenüber, die ihr Kind in eine anderssprachige Schule schicken, weil diese dann kein Mitspracherecht hätten, dann würde ich meinen: dass diese Eltern wissen müssen, dass jede Schule auch solche Lebensorientierung vermittelt, und vermitteln muss; und dass sie dann eben akzeptieren, was sie mit ihrem Kind tun; dass sie das eben entscheiden, wenn sie wirklich die Möglichkeit haben, das Kind in eine anderssprachige Schule zu tun. Aber auch dort, weil eben die Eltern mit dem Kind einen Lernprozess durchmachen, ein Leben lang, und nicht losgelöst bleiben vom Kind, weil sie eben mitgehen, müssen wir doch sagen: hier haben in der deutschen Schule die deutschen Eltern mitzusprechen, wie sie gestaltet werden soll. Das muss eindeutig gesagt werden. Dies, weil sie eben diesen Prozess mitmachen, weil sie miteinbezogen werden in den Prozess zur gemischtsprachigen Gesellschaft, über das Kind. Und dass man das Kind heute gerne dazu benützt, zeigen auch andere Aktivitäten, die man anlegt, «aus Kindesliebe», «aus Liebe zum Kind in unserem Lande». Es geschieht über sehr unscheinbare Aktivitäten.

Darum dürfen wir gerne skeptisch sein und uns fragen: was legen wir fest, damit diese Kinder und Eltern bereit sind, zu ihrem Volkstum zu stehen? Lassen Sie mich dieses Wort ruhig sagen. Und in diesem Zusammenhange sollte man sich nicht erlauben, solches als «Attentat» zu bezeichnen. Ich wiederhole noch einmal, dass das Wortschöpfungen sind, die Unheil säen.

Wenn wir dann noch überzeugt sind, dass das Autonomiestatut der Schutz ist für diese Volksgruppe, und zwar in all ihren feinsten und subtilsten Lebensäusserungen, die sie als Volksgruppe hat, und weiterbehalten muss, damit sie es bleibt, ja, dann

können wir nicht Schulgesetze hernehmen, um gerade das Gegenteil zu institutionalisieren. Ich möchte das noch einmal gesagt haben. Sondern, dann haben wir alle Sorge zu tragen, dass hier Heimat für diese unsere Volksgruppe bleibt, nicht nur im territorialen, sondern auch im geistigen Sinne. Und alle Tendenzen, die zur Gemischtsprachigkeit führen, sind einfach diesem Auftrag des Autonomiestatuts entgegengesetzt. Ich glaube, dass wir die Bezirksschulräte, und dieses Gesetz, und deren Tätigkeit nachher auch in dieser Gesamtschau ein bisschen sehen sollen, die ich sicher nicht fähig war, gut genug darzulegen, aber ich wollte wenigstens versuchen, diese von hierher einmal zu beleuchten.

Dann gibt es in weiteres Argument, das der Demokratie. Auch dieser Begriff wird hier strapaziert. Und man möchte, immer im Zusammenhang mit Demokratie, überhaupt jegliche mögliche und auch notwendige Autorität verwerfen, ausräumen. Mir scheint aber, dass auch Demokratie ihre Spielregeln hat, die einzuhalten sind. Und selbst innerhalb der Demokratie und ihrer Spielregeln ist es das Rechte Mass, das zum Ziele führt, und nicht allein eine verschwommene, nicht mehr greifbare Demokratie, in der man alles haben kann, wie jeder einzelne es will. Dann, würde ich meinen, geht es zu weit. Und wir kennen doch in der Demokratie indirekte und direkte Wahlen. Das ist legal in den Spielregeln der Demokratie. Und wenn wir nun versuchen, diese Spielregeln in diesem Gesetz so einzuführen und einzufügen, dass es eben den Menschen draussen, an Ort und Stelle, meinetwegen am obersten Berghof oben möglich wird, die Vertretung zu entsenden, dann denke ich eben, sind wir trotz aller Beschimpfung demokratisch geblieben. Ich will darauf nicht näher eingehen, der Kollege Kaserer hat das Warum bereits deutlich gemacht. Nur möchte ich, allein mit diesem Argument, unsere Ziele in dieser Hinsicht unterstreichen und beleuchten. Dass Demokratie immer schwierig ist, wissen wir; und dass sie Anstrengungen erfordert, das wissen wir auch. Aber, die Demokratie zu überfordern, glaube ich, ist nicht im Sinne dessen, was man will. Und wir haben eben Tal- und Berggebiete, wir haben Entfernungen, wir haben Eltern, die die Kinder in verschiedensten Schulen haben. Und schliesslich und endlich haben diese Eltern doch einmal gewählt, und wenn das die Vertrauenspersonen sind, kann man ihnen auch anvertrauen, dass sie weiter wählen. Hier die Eltern überzubelasten, kann einfach nicht die Freude an der Schule, die auch die Eltern haben müssen, fördern. Und wir haben bereits Situationen, über die ganze Schulgesetzgebung, die die Eltern eher unmutig machen und überfordern, weil eben das Kind,

das ihnen gehört, irgendwo in Mitleidenschaft gezogen ist. Und so sollten wir die Eltern nicht noch einmal überfordern und die Freudlosigkeit zur Schule fördern, indem wir einfach nur noch Demokratie sehen, und die Ziele, das partnerschaftliche Zusammenwirken, weniger hervorstreichen. Darum habe auch ich für diesen Abänderungsantrag, der wiederum zurückführt zur indirekten Wahl der Eltern, gestimmt und mein Wort dafür gesprochen.

Nun scheinen mir eben alle diese Dinge so krass in der Luft zu liegen. Und ich muss noch, abschließend, etwas aussprechen, weil Dr. Langer es ja auch hier sehr breit ausgeführt hat: dass mich dieses Schreiben, das uns heute vormittag auf den Tisch geflattert ist, bedrückt. Bei aller Achtung vor der Meinung von Schulgewerkschaften, und bei allem Willen, Meinungen von Gewerkschaften und Schulgewerkschaften ernstzunehmen, entsteht für mich ganz einfach die Frage: ob hier genügende Erkenntnis für die Zukunft einer Minderheit, die wir Südtiroler nennen, gegeben ist; und ob wir Politiker nicht gerade deswegen erhöhte Wachsamkeit diesem ganzen Problem entgegenbringen müssen, um in der Auseinandersetzung immer wieder das Wohl dieses Volkes, und meinetwegen das Wohl aller Sprachgruppen, wie sie hier sind, zu sehen. Es wäre für uns alle vielleicht leichter, zunächst Dinge zu sagen, die scheinbar oder anscheinend in breiteren Volksgruppen gutes Gehör finden. Und ich müsste mir jetzt sagen, ich sollte dieses Horn blasen, denn dann stünde ich im Augenblick sicher als ein guter Politiker da: ich habe den Leuten nach dem Ohr gesprochen. Doch ich tue das Gegenteil hier, und zwar aus einer Verantwortung heraus: nicht das alles verneinen, sondern einfach sagen, dass es hier noch viel mehr Auseinandersetzung braucht in der Argumentation, damit wir wirklich alle zusammen, als Südtiroler Volk, zur Meinung kommen, dass wir unsere Kultur nur dann schützen können, wenn wir sie eigenständig leben, und in der Eigenständigkeit auch die anderen zu respektieren imstande sind.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Una domanda, signor Presidente: ora intervengono probabilmente gli Assessori; alcuni colleghi non sono intervenuti affatto o hanno già compiuto il primo intervento. Allora, dopo l'intervento degli Assessori possiamo reintervenire?

PRESIDENTE: La prassi è questa; di solito la risposta dell'Assessore chiude la discussione generale; è sempre stato fatto così. C'è comunque la possibilità di intervenire nuovamente da parte dei consiglieri sui vari articoli.

La parola all'Assessore Ferretti.

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Credo che se parliamo di distretti scolastici, come qui si è fatto a lungo, in modo responsabile, magari a volte dimenticando il proprio passato e anche in modo interessante — cercherò in questo intervento di puntualizzare gli aspetti — credo che se abbiamo dibattuto a lungo intorno ai distretti, questo sta a significare come questa esigenza sia presente nella nostra società e venga da lontano.

Credo non possa suonare stonato ricordare che l'esigenza di un decentramento scolastico parte addirittura dal periodo carolingio. Addirittura prima dell'anno 1000 noi leggiamo nei documenti storici dell'esigenza di adattare — dispiacerà a Langer che noi non citiamo il 1968, ma lo citeremo dopo — la scuola alla realtà locale. Quindi è una sensazione che codificata in documenti non è di oggi. Nei secoli ha trovato varie forme di espressione e di estrinsecazione, come l'impero austro-ungarico che aveva istituito proprio i distretti scolastici. La legge statale italiana, per tutto il periodo della seconda parte dell'800, è una legge che tende piuttosto alla partecipazione del locale alla vita scolastica che alla centralizzazione. Non possiamo dimenticare le scuole comunali sotto questo aspetto e non possiamo dimenticare i deterioramenti che questa frammentazione della scuola aveva prodotto nel tessuto sociale. E forse proprio per quei deterioramenti all'inizio del secolo sono sopravvenute delle riforme, è avvenuta quella centralizzazione storicamente forse necessaria per significare l'omogeneità di uno Stato che, nascendo dopo troppi secoli di divisione, aveva una legislazione frammentata e a volte contrastante. Dopo questa centralizzazione dei primi anni del secolo, che si è protratta fino agli anni '60, arriviamo ai distretti e arriviamo alla decentralizzazione. Ma del distretto scolastico si incomincia a parlare all'interno del nostro Stato, non una decina di anni fa, come a qualcuno piacerebbe, ma all'inizio degli anni '60, esattamente nel 1962, che è l'anno della relazione della commissione di indagine istituita dal Ministero della Pubblica Istruzione. Questo a significare che nel potere politico, prima ancora che nella base, c'era l'esigenza di rivedere lo schema base della nostra scuola; esigenza che poi andrà sulle piazze, esigenza che si trasformerà in assemblearismo e spontaneismo, esigenza che verrà talmente calcata e rimarcata, che — non possiamo dimenticare — il giornale per esempio «Diritti della scuola», che normalmente riporta l'opinione degli intellettuali della scuola del Partito Comunista, guardava con diffidenza e con preoccupazione all'istituzionalizza-

zione della partecipazione popolare attraverso gli organi collegiali. Questi erano gli atteggiamenti che sono reperibili non nell'opinione dei partiti, ma nella storia. Oggi dobbiamo verificare per queste forme di partecipazione, che hanno avuto un loro crescere dal 1974 in poi — il 1973 è l'anno della 477, il 1974 l'anno dei decreti delegati, il 1977 sostanzialmente l'avvio dei distretti scolastici — dei ripensamenti. Quello sciopero, che è stato ricordato oggi da Langer circa gli studenti e i professori della scorsa settimana intorno alle elezioni, è lo sciopero della paura alla partecipazione, è lo sciopero del timore, è lo sciopero contro il fatto che si ripetano, nelle elezioni che stanno avvenendo anche nel resto del territorio nazionale, quei fenomeni di aggregazione delle forze cattoliche, delle forze sinceramente democratiche e che non fanno della democrazia uno strumento per la prevaricazione e l'affermazione delle proprie uniche idee. E' la paura che queste forze possano di nuovo affermarsi all'interno della scuola, dando un ulteriore colpo — lo dobbiamo dire con estrema franchezza — alle forze di sinistra, che sono uscite battute dalle elezioni per i distretti scolastici e sono uscite battute dalle ultime elezioni per il rinnovo degli organi collegiali. Ecco i veri e profondi motivi, altro che quelli che sono stati accampati qui dal collega Langer, per cui si guarda con una certa esitazione al crearsi di queste forme di partecipazione. Se è vero che all'inizio la partecipazione occasionale, la vorrei chiamare la «partecipazione istantanea» alla vita degli organi collegiali è stata di massa, è vero che poi la partecipazione organizzata e meditata si è andata affievolendo. Lo vediamo in Alto Adige: guardate il problema del bilinguismo precoce che si sta trasformando in un referendum sul sì o sul no a questa ideologia o all'altra, e l'ideologia sarebbe non tanto quella del partito comunista, quanto l'ideologia degli italiani contro l'ideologia dei tedeschi. Io avevo messo in guardia su questo pericolo. Ma questo sta accadendo, perchè se il Partito Comunista è vigile, sa molto bene i commenti che vengono fatti quando si sottoscrivono le sue petizioni, sa molto bene la miccia che sta accendendo proprio attraverso questa facilità con cui alcune forze riescono a suscitare le emozioni, invece di portarle all'emancipazione e a condurle alla partecipazione ragionata e responsabile.

Se quindi la partecipazione istantanea agli organi collegiali è stata di massa, quando la partecipazione è diventata di perseveranza, di comunità, di meditazione, essa si è affievolita. E' molto facile — lo dico spesso — sapere quello che deve fare il prossimo, ma è molto difficile dire a se stessi ciò che dobbiamo fare e farci fare poi ciò che dobbiamo fare. Questa è una crisi di crescita, e io condivido quello che ha

detto la collega Bertolini che se si tratta di processo di evoluzione, è un processo a cui dobbiamo guardare con estrema serenità, ma anche con molta prudenza e calma, senza gridare al fallimento con eccessiva precocità. Ebbene, credo che quando si vanno ad analizzare le motivazioni vere per cui c'è un mancato senso di partecipazione, oltre a tener conto dei fatti, dei movimenti che riescono a suscitare una partecipazione contingente, non duratura, si deve tener conto anche di tutta una trasformazione che sta avvenendo della società, quanto meno nazionale, del riflusso nel privato, nell'individuale. Consideriamo quelle 8000 lettere di giovani inquieti, delusi e disorientati inviate al giornale «Lotta continua», che cercano di ricondurre all'individuale, al privato. E qui cogliamo a volte la logica individualista del collega Langer, il quale fa leva per portare avanti sue motivazioni politiche, non sul generale, come parrebbe, ma sull'individuale, sul privatistico. Pensate a tutti i suoi interventi non solo sui distretti scolastici, ma sul problema della proporzionale, come egli è sempre avulso dalla realtà altoatesina concepita nel suo complesso e come lui vada a sfregugiare nelle coscienze individuali. Anche quando valutiamo gli interventi, dobbiamo non tanto rifarci alla matrice che più o meno viene affibbiata dai giornali, ma vedere il filone logico in ognuno di noi che emerge dagli interventi che vengono compiuti. Ebbene, proprio queste lettere, che sono state inviate al giornale che il collega Langer ha diretto per un certo periodo, ed i suoi interventi, dimostrano un riflusso nel privato, una valorizzazione, talvolta spasmodica ed eccessiva dei diritti dell'individuo, quasi in dispregio di quelle che sono le esigenze della collettività. Questa esaltazione che fa la società del privato è dovuta alla violenza, all'incertezza, a una certa crisi del matrimonio. Ci sarebbe da fare un discorso sul referendum del divorzio, sull'aborto, che oggi non facciamo, perchè non è l'argomento, ma dobbiamo considerare questi fatti per capire la società. Diversamente continuiamo a fare delle affermazioni apodittiche, diamo per scontato tutto; ma almeno io sento la responsabilità di restituire elementi da cui nascono le mie valutazioni. Tutto questo fa ritenere che c'è un riflusso al privato, dagli anni dell'esaltazione del collettivo, agli anni (potremo andare incontro) dell'esaltazione del privato. Ecco allora la prudenza; ecco allora che quando noi denunciavamo questa mancata partecipazione cogliendo nella società dei segnali che forze politiche e di pensiero portano avanti, diciamo: analizziamo queste motivazioni e non diamo per scontato che tutto dipenda dal mancato potere degli organi collegiali; non diamo per scontato che tutto dipenda dalla centralizzazione della scuola; non diamo per scontato che tutto dipenda dal mancato adattamento. Tro-

viamo anche le cause di carattere sociologico di questo mancato adattamento dell'individuo alla modifica e vediamo insieme che cosa si può costruire, che cosa si può fare.

Io ho ascoltato con molta attenzione e interesse l'intervento della sig.ra Barbiero che è completamente opposto al comportamento in Alto Adige, rispetto al resto d'Italia. La Barbiero segue un filone nazionale, ma dimentica quello provinciale, che è completamente opposto (specialmente stamane) a quello che dice normalmente il suo partito sulla questione altoatesina. La Barbiero ha auspicato decentralizzazione, migliori sistemi di intervento provinciale, la scomparsa di determinati organismi, ha auspicato una scuola più vicina al locale. Così ho capito, ma mi sono anche scritto quello che ha detto e la sostanza, anche se non le parole, è questa. Collega Barbiero, quando Lei dice queste cose, deve mettersi d'accordo con la CGIL, quanto meno, e anche con il Suo partito, che sulla provincializzazione (termine ancora una volta fatto per colpire soggettivamente ed emotivamente i cittadini) ha condotto una campagna scandalosa (specialmente i componenti sindacali) rifiutandosi invece di valutare ciò che può voler dire: adattare meglio alla situazione reale la scuola dell'Alto Adige. Ecco perchè dico che a volte qui si colgono dei segnali che noi, non interessatamente, cerchiamo anche di ampliare, per far vedere come accanto a delle vicinanzze ci siano degli allontanamenti all'interno di certe forze, che certo verranno smentiti, che certo verrà dimostrato che non è vero, ma che invece dalla realtà degli interventi emergono.

Tutta questa premessa per dire come il discorso che riguarda i distretti scolastici sia un discorso complesso, delicato, su cui con troppa facilità, per dimostrare diversità, si ricorre a percentuali, ad affermazioni tipo quella che si tratta di corporativismo codificato. Dobbiamo tenere conto, per esempio, di quale è la grande innovazione del distretto, la possibilità di fare dei piani annuali di intervento, che coinvolgano diversi settori, da proporre agli enti locali e agli organi di governo. Quindi, non posso affatto condividere l'affermazione «sessantottesca» di Langer, che si tratta di un organismo corporativo, di mettere insieme forze anche di estrazione diversa che possano finalmente confrontarsi. La possibilità di confrontare insegnanti con operatori economici, operatori del mondo del lavoro e con esponenti locali, è una possibilità rara nella nostra società a livello istituzionale. Tutto avviene in forma spontaneistica, volontaristica; ce ne rendiamo mai conto di questo? Questo è un altro dei vantaggi che hanno prodotto i distretti scolastici. Star lì a cavillare sulle percentuali di un punto in più o in meno significa non aver capito lo spirito di questa legge e lo

spirito con cui è andata anche diversificandosi nei suoi aspetti rispetto alla legge nazionale.

E' troppo noto ai colleghi che sono in Commissione legislativa il contributo personale, a nome del mio partito, in merito alle modifiche rispetto al vecchio disegno di legge sui distretti, che era stato presentato al Consiglio provinciale; è troppo noto il contributo del mio partito in questa occasione per dover vantare ciò che di meglio e di più adatto è stato introdotto qui dentro rispetto al vecchio testo. Io voglio dire, comunque, che su alcune cose, nonostante queste modifiche che vanno nel senso di un miglioramento, su alcune cose non abbiamo raggiunto la convergenza con il collega Zelger e con la Volkspartei, ma ciò nonostante crediamo che questa legge sia adatta alla situazione altoatesina nel suo complesso e la riteniamo anche adatta nella divisione in tre sezioni del Consiglio distrettuale.

Cosa è questo scandalo che ogni volta che noi parliamo di scuola e ogni volta che si ipotizza una distinzione per scuole, come è nello Statuto, qualcuno grida che non si rispetta la situazione locale? Il Consiglio scolastico provinciale, a cui qui tanto spesso si fa menzione, è unico con tre sezioni verticali e orizzontali, che operano con molta frequenza e che prendono decisioni estremamente importanti e determinanti, e quando queste sono state prese, nessuno ha gridato allo scandalo. Ne cito due: la prima, quando si sono fatti i nuovi programmi per la scuola media in lingua tedesca, è stata assunta dal Consiglio scolastico in lingua tedesca, sezione verticale, cioè ha deciso tutto il Consiglio scolastico di madrelingua tedesca, tranne i professori di seconda lingua. Quando sono stati introdotti i nuovi orari nelle varie scuole, si è deciso similmente. Quando si è parlato del bilinguismo precoce, un paio di anni fa, similmente ha deciso la sezione in lingua italiana e ha portato sue argomentazioni e sue proposte. E' avvenuto che su problemi estremamente importanti (ne ho citati alcuni) vi siano state delle decisioni separate; mentre è accaduto, e sta accadendo, che su altri problemi di carattere generale ci sia stata la riunione plenaria.

In che cosa siamo andati lontani da quanto è stato previsto dal Consiglio scolastico provinciale rispetto ai distretti? Che anzichè partire da un aspetto si è partiti dall'altro, ma si arriva al medesimo risultato. Anzichè dire: il distretto scolastico è unico e per gli argomenti riguardanti ciascun gruppo linguistico si riunisce separatamente, si è detto: i distretti scolastici sono tre, salvo le divisioni e le distribuzioni territoriali, e qualora ci siano argomenti di carattere comune si riunisce in comune. Mi pare che sia una costruzione di proposizione diversa, ma c'è l'affermazione del medesimo concetto, e debbo dire che non poco è stato il contributo del mio partito per

raggiungere questo risultato, anche se per il momento è stato raggiunto con una votazione che ha, come qualcuno ha già ricordato, del fantasmagorico, perchè la votazione la si è raggiunta attraverso il consenso della Volkspartei, un esponente della Nuova Sinistra, del PCI e del PSI. Tuttavia, spero che nonostante questa votazione poi il Consiglio provinciale riconfermi questa possibilità, perchè allora sì, se non venisse riconfermata questa possibilità di non potersi riunire anche in sedute congiunte, cominceremo anche noi ad avere forti perplessità su questo organismo. Quindi, credo si stia lavorando in una direzione che in passato ha trovato (non posso dimenticare il contributo del collega Sfondrini, per esempio) sulla legge per il consiglio scolastico provinciale larga adesione all'interno di questo Consiglio.

Quando noi diciamo che questo organismo diminuisce di potere rispetto alla legge statale, devo ricordare che l'art. 1 di questa legge è preso a piè pari nella parte chiave — direi purtroppo, e poi spiego il perché di questa parola — dall'art. 12 del D.P.R. n. 416. E' totalmente identico e quindi non ci può essere, poichè questo è l'articolo che riguarda la parte chiave di tutta la legge, l'affermazione che questo organismo ha meno poteri, anzi, se ci fosse dato una volta tanto di interpretare questa competenza secondaria, anche come capacità di fare delle introduzioni innovative (ogni volta che abbiamo provato le leggi ci sono state respinte, allora questo rischio non lo possiamo più correre) ritengo che avremmo potuto introdurre fatti nuovi, fatti anche più interessanti di partecipazione, che oggi potrebbero essere anche esercitate da parte dei distretti scolastici. Ecco perchè noi, anche in un'occasione che il collega Sfondrini ha ricordato nel suo intervento, ci siamo detti di sentirci un po' costretti nell'ambito di questa competenza secondaria, che è così malamente interpretata dal Ministero della Pubblica Istruzione, perchè credo che nessun altro Ministero Italiano nazionale interpreti la competenza secondaria attribuita alle Regioni (in questo caso alla Provincia) come una competenza che deve rispettare addirittura la lettera delle leggi o dei dispositivi statali. Quando sarà cresciuta, anche a livello nazionale, una partecipazione più ampia ed estesa dei cittadini ai problemi del decentramento, sarà più facile che anche questa competenza venga interpretata in modo più adeguato, come reale possibilità di adattare al locale il nazionale. Ma purtroppo ancora non è il tempo. Tuttavia debbo ricordare quanta e interessante strada si sia percorsa dal tempo dello Statuto (fine anni 60) ad oggi; ma perchè questa strada di progresso e di democrazia è stata percorsa? Perchè sono nate le Regioni a Statuto normale, che hanno creato tutta una casistica

di conflitto, anche, ma anche di partecipazione tra sedi locali, periferiche, regionali, e Stato, che ha fatto sì che queste interpretazioni diventassero più conformi al crescere della società. Noi crediamo quindi che questa legge, per questi aspetti che sono fondamentali, abbia una sua capacità propositiva valida da prospettare alla cittadinanza.

Un'altra cosa su cui io metterei in guardia è questo continuamente presentare come negativo anche ciò che ad altri livelli si è approvato. Parlo chiaramente delle forze di sinistra che sono state notevolmente critiche su questo disegno di legge anche in senso generale e non su aspetti particolari su cui magari potremmo condividere qualcosa. Questo presentare all'esterno la legislazione provinciale come un perpetuo, perenne passo indietro rispetto al nazionale e non come un'occasione di partecipazione e di penetrazione della società, questo modo di presentare le cose, non fa altro che avvilire il potere provinciale, non fa altro che esaltare nella mente dei cittadini il potere nazionale, non fa altro che rendere di maggiore qualificazione ciò che lo Stato può fare rispetto a ciò che può fare la Provincia. E questa, collega Barbiero, è una distorsione che Lei oggi sembra non condividere, ma che negli interventi del Suo partito invece emerge, qui in Alto Adige e non altrove, perchè sappiamo cosa dicono invece in Emilia Romagna, in Toscana, i vari Assessori alla cultura, i vari Presidenti e i vari sindaci. Ecco perchè oggi io ho salutato e voglio rimarcare con particolare favore questa Sua sensibilità autonomistica, che non sempre è dato di cogliere nei Suoi colleghi.

CONSIGLIERE: (*Interrompe - unterbricht*)

FERRETTI (Assessore all'istruzione pubblica e cultura - DC): Le darò quella del mio partito. Lei è troppo intelligente perchè Le debba spiegare il significato di questo complimento.

Quindi io dico: attenti al pericolo che nel non apprezzare gli interventi che compie la Provincia, noi sostanzialmente rigettiamo, specialmente per quello che riguarda il nostro gruppo linguistico, nelle mani dell'opinione pubblica una Provincia non solo avvilita, ma svilita. Questo è il pericolo che si può correre. E' giusta la denuncia di quegli aspetti che marginali o anche sostanziali non riguardano momenti di fondo della partecipazione della società alla vita della scuola, in questo nuovo triangolo che si è creato e che sta creando dei problemi; la partecipazione, cioè, come istituzione scolastica, come componente sociale e come componente di Governo. Questo è il triangolo di partecipazione che viene fuori dai distretti scolastici: l'Ente locale, sia esso Regione, Provincia o Comune, i genitori e la società,

e la scuola, questa scuola che era abituata a far da sola.

E qui dentro c'è un altro dei problemi che rende difficoltoso il momento della costruzione effettiva; è il fatto che molto spesso la scuola, l'operatore della scuola inteso come insegnante o dirigente, si chiude alla partecipazione verso l'esterno; ritiene la scuola come un suo possesso; ritiene la scuola come un suo momento di attività professionale che è diventato intangibile. Non posso dimenticare tutte le polemiche che sono sorte ogni volta che in una qualche misura si è cercato di ricordare alla scuola che essa esiste in quanto esiste la famiglia, in quanto esistono i figli, in quanto essa esercita un potere di delega che non può essere di carta bianca, che non può essere trasmesso in modo acritico e perpetuo, ma che deve continuamente avere dei momenti non solo di partecipazione, ma anche di compartecipazione, cioè di partecipazione attiva che non si limita a consigliare, ma che deve anche potere codecidere su aspetti fondamentali o determinanti della vita scolastica. Ecco perchè noi siamo favorevoli a questa legge e perchè siamo favorevoli a questa distribuzione estremamente articolata di partecipazione tra gli enti, tra gli insegnanti, tra le varie forze che compongono il tessuto sociale. Quindi il nostro è un assenso che non viene soltanto per convinzioni contingenti, legate ad una situazione politica altoatesina o alla nostra partecipazione critica all'interno della Giunta, ma è un assenso che viene da motivazioni profonde per il sentire che noi abbiamo della società in questo momento. Certo, non tutto ciò che è contenuto all'interno di questa legge, pure in un quadro di stabilizzazione di un rapporto che al più presto deve avvenire, ci trova consenzienti. All'interno della Commissione legislativa abbiamo portato le nostre proposte e poichè non tutte le proposte sono andate avanti, noi abbiamo prodotto degli emendamenti in sede di Consiglio. Siamo per l'elezione diretta, anche se — lo dobbiamo dire — l'elezione di secondo grado non è un fatto così scandaloso, come da talune parti si è portati a denunciare. Avviene abbastanza normalmente che molti organismi di derivazione consiliare provinciale, regionale o comunale, siano eletti da questi secondi organismi, cioè che il Consiglio comunale elegga altri organismi. Quindi non sarebbe stato così assurdo se anche qui avessimo prodotto le elezioni di secondo grado. Ma siamo contrari tuttavia, non voglio dire nel senso totalmente positivo, ma almeno problematico, per due valutazioni di fondo: innanzitutto che da noi, essendo la prima elezione dei distretti scolastici, non si è potuto verificare se vi è o non vi è disaffezione per questo organismo; anzi tutto lascia ritenere che sia un organismo sentito e quindi che giustamente la partecipazione to-

tale dei genitori e degli studenti debba essere garantita. In secondo luogo, perchè gli organismi che andrebbero ad eleggere il consiglio distrettuale, rispettivamente il Consiglio scolastico provinciale, sarebbero organismi che non erano sorti anche con questo compito; e quindi si darebbe loro un compito aggiuntivo non inizialmente previsto, che praticamente non rendeva edotti gli elettori, i genitori, la massa dei genitori di questo compito. Vi è un qualcosa di più, per cui se io avessi saputo che il mio rappresentante poteva eleggere anche il Consiglio distrettuale, forse non lo avrei votato o avrei votato diversamente o gli avrei dato un mandato quanto meno diverso. Ecco i motivi per cui noi ribadiamo, e speriamo che il Consiglio provinciale approvi, l'elezione diretta. A questo proposito la Giunta, che è favorevole all'elezione diretta, penso verà quell'assenso che la cosa merita.

Vi è poi un altro argomento, più delicato e più complesso, anche per le sue implicazioni — e qui sono state portate valutazioni di vario genere — ed è quello riferito all'art. 2, cioè la necessità che chi vota debba, nella componente genitori, appartenere, per poter godere dell'elettorato passivo, necessariamente al medesimo gruppo linguistico della scuola.

Ora ripeterò anch'io brevemente, per testimoniare il possesso degli argomenti giuridico-politici, quello che è già stato detto. Anche noi siamo convinti che in virtù dell'art. 2 tutti i cittadini debbano godere di pari diritti. Anche noi siamo convinti che all'interno della n. 477, la legge-quadro dei decreti delegati, come della 416, ci sia il principio che tutti coloro che partecipano agli organi collegiali abbiano il diritto attivo e passivo di elettorato. Siamo quindi convinti che questo articolo sia illegittimo in questa parte e per questo abbiamo proposto un emendamento. Se non passerà l'emendamento non voteremo questa parte, anzi, dico di più: per quelle che sono le nostre responsabilità politiche scriveremo alla Presidenza del Consiglio dei Ministri facendo presente i motivi per cui noi riteniamo illegittimo questo articolo e ci adopereremo perchè questa parte non venga approvata dal Governo. Parlo di questa parte e non della legge, dato che abbiamo un illustrissimo precedente davanti a noi, che è la legge accompagnatoria di bilancio, nella quale è accaduto (forse per la prima volta) che il Governo, poichè un determinato articolo non andava bene, anzichè respingere tutta la legge si è limitato a respingere quel determinato articolo, approvando tuttavia la legge. Noi riteniamo qualora questo articolo passasse come oggi è enunciato, per quelle che sono le responsabilità politiche nostre — ognuno ha le sue e potrà compiere i suoi passi presso la Presidenza del Governo — di preannunciare fin da oggi

che se questo articolo passa con questa formulazione, noi non solo saremo contrari, ma compiremo i nostri passi. Siamo convinti che l'affermazione dell'art. 19 quando dice che l'iscrizione alle scuole è libera, non possa in alcun modo non solo venir limitata, ma neppure venire indirettamente colpevolizzata o defraudata di un diritto che invece deve avere la sua pienezza. Parlo di un caso eclatante che oggi ancora è esistente: in una scuola di Bolzano due genitori di madrelingua tedesca hanno mandato il loro bambino in una scuola di lingua italiana. Uno di questi due genitori è stato eletto anche in un organismo collegiale di lingua italiana e partecipa alla vita della scuola portando i suoi problemi — sono stato all'interno di questo organismo — con estrema serenità ed estrema compostezza e anche costruttività. Ebbene, questo signore che è all'interno di questo organismo non potrebbe più percorrere tutto l'iter, nè del consiglio distrettuale, nè, se va avanti questa ipotesi, del Consiglio scolastico provinciale, e questo mi pare un assurdo. E' vero che ci deve essere il diritto che la scuola sia nella madrelingua per la quale è stata istituita (altro principio dell'art. 19), ma proprio questo diritto che la scuola continui a parlare la lingua per la quale è stata istituita mi conferma questa affermazione, che nella scuola possano accedere anche bambini, come è avvenuto per questo bambino di lingua tedesca, che non parlano quella lingua. Altrimenti perchè si sarebbe affermato questo principio? Ma proprio perchè è possibile che un bambino di lingua diversa frequenti la scuola dell'altra lingua, noi dobbiamo garantire al bambino, diventato studente, e ai suoi genitori il diritto di percorrere nella partecipazione attiva e passiva tutti i gradini di partecipazione. Ecco perchè noi siamo convinti che ci siano dei forti motivi per essere perplessi su questa formulazione dell'art. 2 ed ecco perchè noi abbiamo proposto i nostri emendamenti. Chiaro che se i nostri emenda-

menti passassero, all'art. 25, che è quello che trasferisce sostanzialmente l'elezione indiretta anche al consiglio scolastico provinciale, questo organismo potrebbe continuare a rimanere per quello che è. So che il mio intervento, come quelli di molti dei colleghi che mi hanno preceduto, è stato non solo di carattere illustrativo e di replica, ma anche di carattere propositivo. Io mi riserverei, perchè molti degli interventi hanno anche toccato singoli aspetti di diversi articoli, di proporre la riflessione della mia parte politica all'interno della Giunta, assieme anche alle opinioni del collega Molignoni che ha sottoscritto con noi gli emendamenti, in maniera tale che il confronto possa essere non solo più rapido e spedito, ma anche più pertinente e collegato a quella che è la situazione dei singoli articoli. In questo senso mi riservo, ogni volta che sarà necessario, dare quelle risposte o produrre quei contributi che si riterranno opportuni.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dr. Erich ACHMÜLLER

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRÄSIDENT: Das Wort hat Abg. D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Una domanda: sono circa le ore 13. Era stato detto che a quest'ora era prevista una riunione dei capigruppo. Non so chi si sente di intervenire per questi pochi minuti che ci rimangono. E' solo una questione di tempo.

PRÄSIDENT: Glaubt jemand, mit einer Viertelstunde auszukommen? Niemand. Wir vertagen die Sitzung auf Dienstag, den 13. Novembre, um 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 12.45 UHR.